

Courier

**Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.**

Er erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Poststempelrolle eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engelauer 21.
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11 864
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 2.

Berlin, den 11. Januar 1914.

18. Jahrg.

Verbandskollegen! Das neue Jahr muß unsere Organisation zu großen Kämpfen gewappnet finden. Sorge daher jeder Einzelne in fleißiger, ausdauernder Agitation und Aufklärungsarbeit dafür, dem Verbands neue Mitstreiter zuzuführen. Mit der Zahl der Kämpfer mehrt sich unsere Macht.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 21 und 22 des Verbandsstatuts berufen wir den

Neunten Verbandstag

auf den

7. Juni 1914 und folgende Tage
nach

Köln a. Rh., Volkshaus, Severinstr. 199
eint.

Tagesordnung:

1. Berichte:

- a) Geschäfts- und Rassenbericht des Verbandsvorstandes.
- b) Bericht der Revisionskommission.
- c) Bericht des Verbandsausschusses.
- d) Bericht über die Presse.
- e) Bericht vom 8. internationalen Transportarbeiter-Kongress.

2. Unsere Taktik im wirtschaftlichen Kampfe.

3. Die Aufschaffung eines besonderen Staatsarbeiterrechts gerichteten Bestrebungen und unsere Stellungnahme dazu.

4. Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten.

5. Anträge:

- a) Zum Statut.
- b) Andere Anträge.

6. Wahl der Verbandsleitung und Beschlußfassung über Ort und Zeit des nächsten Verbandstages.

Anträge zum Verbandstage sind laut § 22, Abs. 2 des Statuts, mindestens 10 Wochen vor Stattfinden desselben — also bis zum 29. März 1914 — an uns einzusenden, später einlaufende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Die Befamitgabe der rechtzeitig eingelangten Anträge erfolgt spätestens am 28. April 1914.

Die Wahlkreisinteilung wird nach Eingang der Mitglieder-Fragebogen (Abrechnungen) vom 4. Quartal 1913, spätestens jedoch am 1. März 1914 bekanntgegeben.

Wir ersuchen nunmehr die Verbandsmitgliedschaften allerorts, zum bevorstehenden Verbandstage Stellung zu nehmen und eventuelle Anträge rechtzeitig an uns einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

J. A. Oswald Schumann

Das Wirtschaftsjahr 1913.

I.

Im verflossenen Jahre gab die sonderbare Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens unseren kapitalistischen Wirtschafts- und Krisentheoretikern und -praktikern vollauf Gelegenheit, sich nach Möglichkeit zu blamieren. Nicht selten merkte man allerdings die kapitalistische Woge allzu deutlich, um die Tüchlein der Generaldirektoren pp. über den Stand und die Aussichten des Wirtschaftslebens ernst nehmen zu können. Es ist das Kreuz der bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker und -praktiker, daß sie in der „Volkswirtschaft“ nicht so ein Ding sehen, das erklärt, zergliedert, analysiert, dessen Zusammenhänge begriffen werden sollen; für sie lautet die Aufgabe, die bestehende Wirtschaftsordnung zu verteidigen. Diese Verteidigungsstellung, in die die bürgerlichen Nationalökonomien von den sozialistischen Kritikern gedrängt wurden, läßt sie alles in verzerrter Gestalt sehen. Die Wirtschaftspraktiker tun ihr mögliches, die bürgerliche Hilfslosigkeit durch allerlei Aeußerungen in der Börsenpresse, in Prospekten usw. zu verheimlichen. So ist es kein Wunder, daß sich die Ansichten der Generaldirektoren, Bankdirektoren und wie die Herren sich sonst noch nennen, sehr häufig in den wichtigsten Punkten widersprechen: jeder dieser Propheten hat über die Wirtschaftslage die Ansicht, die seiner Gesellschaft, die dem von ihm vertretenen Geschäftszweig am zuträglichsten ist.

Den Anfang machte Herr v. Gwinner, der erste Direktor der Deutschen Bank, also ein Mann, dem man nicht gut einiges Sachverständnis absprechen kann. Bereits im Monat Mai des Jahres 1912 brachte der Herr anlässlich der Etatsdebatten in der ersten Kammer des preussischen Landtages den preussischen Finanzminister in arge Verlegenheit, indem er den Vermissen durch die Blume einen armseligen Trottel nannte, der die Wirtschaftslage viel zu rosig geschildert hätte. Mit dem unübertrefflichen Selbstbewußtsein, das diese Herrschaften ja in hohem Maße ziert, führte Gwinner wörtlich aus:

„Die Hochkonjunktur scheint nach Anzeichen am Ende zu sein; die Woge scheint sich zu überschlagen. An der Börse sind Symptome vorhanden, die die Uebertreibung erkennen lassen. Viele Anzeichen müssen uns bedenklich machen.“

Die Börse hielt einige Tage die Luft an, aber die Industrie befreite sie rasch von dem Gwinnerschen Abdruck. Mit Riesenschritten eilten die Industriellen daran, um auch ihren Anteil von der Goldflut zu erlangen. Zum Glück für den prophetischen Bankdirektor begann die bekannte Serie der Raubkriege, die wenigstens einige Kanäle der Volkswirtschaft verstopfte. Trotz dieses Dementis durch die Tatsachen, verkündete Gwinner in der ersten Hälfte des Monats Dezember 1913 seine (anderthalb Jahre alte) Prophezeiung sei eingetroffen: „Die Woge hat sich überschlagen.“

Falsch (Herr v. Gwinner) trompetete wenige Tage später des Jahresbericht der Potsdamer Handelskammer:

„... Diese schwarzseherische Stimmung ist unbegründet; sie ist sogar bedenklich und geeignet, den Unternehmungsgeist zu beirren und abzuschwächen... Es kann nicht widerlegt werden, daß die wirtschaftlichen Erfolge des Jahres trotz des Daniederliegens einzelner Erwerbszweige in ihrer Allgemeinheit betrachtet, durchaus zufriedenstellend waren, und daß während des Jahres viel neuer Boden für eine weitere erfolgreiche Entwicklung bereitet worden ist...“

Wieder eine ganz andere Ueberzeugung scheint der Stahlwerksverband von der Wirtschaftslage gewonnen zu haben. Nicht nur am inländischen, auch am ausländischen Eisenmarkt, „hat sich der Rückgang der Konjunktur weiter fortgesetzt.“

Als die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Prohibitiv-Zölle erniedrigten, wunderte man sich, daß die deutsche Eisen- und Stahlausfuhr nach der nordamerikanischen „Union“ nicht stieg. Es wurden verschiedene Großindustrielle nach ihrer Meinung über diese Stagnation befragt. Dabei gab der Großindustrielle Rüdiger in Duisburg folgende Ansicht über die Konjunktur zum besten:

„Die starke Ausfuhr hält noch mit unvermindelter Kraft an. Die süddeutschen Fabriken haben ihre Produktion bis 31. März 1914 bereits ganz verkauft. Die westfälischen Fabriken haben Bestellungen für den ganzen Winter. Auf mich macht es den Eindruck, daß die Ausfuhr auch weiterhin anhalten wird, und daß deshalb die deutsche Eisenindustrie auch im ganzen folgenden Jahr keinen Mangel an Beschäftigung haben wird.“

Ueber die Lage und Aussicht der Eisenindustrie waren also zwei ganz besonders „kompetente“ Beurteiler scharf entgegengesetzter Meinung.

Eine Hilfe leistet die Berliner Handelskammer in ihrem Bericht dem Direktor Gwinner. Auch sie läßt schon das Jahr 1912 — zwar keine „Woge überschlagen“, aber doch den „Höhepunkt der Konjunktur“ sein:

„Der Schluss des Jahres 1912 hatte einige Anzeichen dafür gebracht, daß die Konjunktur ihren Höhepunkt erreicht oder schon überschritten habe. Die Entwicklung des Jahres 1913 läßt keine Zweifel, daß wir uns in einer, zum Teil stark rückläufigen Bewegung befinden.“

Als der Generaldirektor des Phönix vor einiger Zeit in das Krisenthorsthorst stieg, wurden seine Aktionäre wild... Und siehe da: Der Herr konnte auch anders: so schlimm habe er es gar nicht gemeint!

Zwischendurch hatte die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin (A. E. G.) der Generalversammlung der Aktionäre Bericht erstattet. Wie üblich (obgleich meistens die Aktionäre keine blasse Ahnung vom Geschäft haben), wurde Lage und Aussicht des Geschäfts erwähnt. Mathemau erklärte:

daß er „nicht den Eindruck habe, irgend etwas liege in der Welt, was mit einer Krise Ähnlichkeit habe.“

Die Hamburger Handelskammer berichtet:

„Die wirtschaftliche Lage des Jahres 1913 wurde von vielen ungünstigen Umständen beeinflusst. ... Diese (Kriegs-)Befürchtungen lähmten die Unternehmungslust auf allen wirtschaftlichen Gebieten. ... Man hat somit im Jahre 1913 mit einer rückgängigen Konjunktur zu rechnen gehabt, die vielleicht nur als eine Unterbrechung der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre aufzufassen ist.“

Wenn's regnet wird man naß, wenn eine wirtschaftliche Krise herrscht, so ist sie die „Unterbrechung der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre.“ Soviel volkswirtschaftliche Kenntnisse haben wir bei einem „Ehrbaren Kaufmann“ gar nicht vermutet.

Ein ganz eigenartiges Urteil gab am 8. November 1913 der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Albert Ballin, über die Wirtschaftslage ab. In der Generalversammlung der Aktionäre, die über die Kapitalerhöhung um 30 Millionen auf 180 Millionen Mark beschloß, sagte Ballin (nach einem Referat der „Vossischen Zeitung“):

„Nedner (Ballin) wandte sich dann gegen den Pessimismus der Behörden, der augenblicklich zutage trete. Der Geldmarkt befände sich doch in einer starken Tendenz nach oben. Die wirtschaftliche Krise bestehe schon eigentlich (!) seit einem Jahre, aber man habe sie wegen der allgemeinen Erregung nicht bemerkt (!!!). Die schwersten Zeiten habe man nach seiner Ansicht nach schon überwunden.“

Sogar einer Neederzeitung, die (bei Strafe der Vernichtung, wenn sie nicht wollte wie die Needer) mit Ballin durch Dick und Dünn geht, fand diese Enten etwas zu fett und machte eigene Auslegungsversuche.

Aber diese von starker orientalistischer Phantasie zeugende „Ansicht“ Ballins geht als todsicherer Tipp über die Wirtschaftslage in die Welt hinaus und verwirrt alles, was Köpfe mit „gesundem Menschenverstand“ hat. Es ist kein Wunder, wenn der bekannte Wirtschaftstheoretiker Calver schließlich zu der „Annahme“ kommt, daß uns „eine richtige (!) Krise diesmal noch erspart bleibt“. („Arbeitsmarkt-Correspondenz“ vom 6. Dezember 1913.)

Was Calver unter „richtiger“ Krise versteht, ist nicht so ohne weiteres zu beantworten. Im zweiten Band seines „Wirtschaftsjahr 1907“ findet Calver auf die

Frage, wie die Krise entstand, für jedes Land eine Ursache. Aber nur für England trifft er den Kern der Sache. Hier nimmt er die Ueberproduktion als Ursache der Krise an. Für Deutschland soll die Schwierigkeit einzig auf dem Arbeitsmarkt entstanden sein, verschärft durch mangelnde Konsumkraft der breiten Masse. Arbeitslosigkeit und Konsumkraft sind aber doch keine Plagen, die der Fürst der Hölle über Deutschland verhängte. Sie sind Wirkungen und die Ursache heißt Ueberproduktion. Keineswegs verkennen wir die Wichtigkeit der Erhöhung der Konsumkraft für die Stabilität des Wirtschaftslebens. Aber wenn angenommen wird, daß der stärkere Konsum die Krisen unmöglich macht, so ist das ein Irrtum.

Dem stärkeren Konsum folgt stets eine noch weit stärkere Produktion.

Der kapitalistischen Gesellschaft fehlt jedes Mittel, Produktion und Konsum gegeneinander abzuwägen. In geradezu grotesker Weise kommt diese Ohnmacht des Kapitalismus im Hamburger Handelskammerbericht zum Ausdruck. Dort heißt es:

„... Zu übersehen ist allerdings nicht, daß in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland, sondern fast in allen Weltteilen, in denen sich die wirtschaftliche Lage gehoben hat, ein zu rasches Streben nach Wohlleben und insbesondere in der deutschen Städte- und Staatsverwaltung ein unverhältnismäßig hoher Aufwand sich gezeigt hat. Der wirtschaftliche Aufschwung hat überall durch Ausschließung neuer Gelegenheiten und zu rasche Entwicklung der alten Welt ein so schnelles Tempo angenommen, daß die Schulden, die letzten Endes doch nur dadurch gedeckt werden können, daß Kapitalisten die betreffenden Werte kaufen, so anwachsen, daß der Verbrauchsprozeß dieser neugeschaffenen Werte nicht gleichen Schritt mit ihrer Produktion halten konnte. Es fehlt trotz aller Statistiken ein Maßstab dafür, wie weit und wie schnell diese Entwicklung vernünftigerweise vor sich gehen kann, und es fehlt vor allem die Möglichkeit, die Staaten, Städte und Privatunternehmungen zu zwingen, sich nur in einem gesunden Tempo zu entwickeln.“

Die Handelskammer gibt also zu, daß der bürgerlichen Gesellschaft die modernen Produktionskräfte über den Kopf wachsen, und daß ihr die Mittel fehlen, die Produktion und ihre „Verbauung“ vernünftigerweise zu regeln. Wie hilflos der Kapitalismus, die Anarchie der heutigen Wirtschaftsordnung, den Konsequenzen seiner eigenen Entwicklung gegenübersteht, das drückt sich weiter in den Ratsschlüssen aus, die die Hamburger

Handelskammer an ihre Feststellungen knüpft. Sie sagt: „Der Ruf zur Zurückhaltung und Einfachheit kann nicht ernst genug ertönen.“ Die Handelskammer weiß nur zu gut, daß größere Ansprüche eine noch größere Betriebsamkeit des Kapitalismus erregt; in ihrer Angst empfiehlt sie gar eine bloße Eisenbarriere.

Die Krisen werden erst mit dem Kapitalismus verschwinden, mit dem Sieg des Sozialismus. Bis dahin heißt es freilich für die Arbeiter, sich mit Hilfe ihrer Gewerkschaften eine recht große Konsumkraft, das heißt, recht hohe Löhne zu erringen.

Ein Arzt über den Mißbrauch der Gewöhnung der Unfallverletzten.

Unter dem Vorwand, daß der Verletzte sich an die Unfallfolgen gewöhnt habe, wird vielen Rentenempfängern bekanntlich nach mehr oder weniger langer Zeit die Unfallrente herabgesetzt oder entzogen. Gerade in den letzten Jahren hat die Rentenminderung wegen Gewöhnung so rapide zugenommen und zu solch einer schablonenhaften Behandlung der Rentenempfänger geführt, daß die Praxis der Berufsvereinigungen große Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft hervorgerufen hat und auf Mißbilligung bei einschlägigen Sozialpolitikern und Juristen gestoßen ist. Selbst das Reichsversicherungsamt sprach im vergangenen Jahre von einer Ueberspannung des Begriffes Gewöhnung.

Kürzlich ist nun von Dr. Friedrich Kempf in Braunschweig in der „Monatsschrift für Unfallheilkunde“ eine Abhandlung erschienen, welche sich mit dem Nachweis der Gewöhnung beschäftigt. Der Verfasser ist Spezialarzt für Chirurgie, also besonders fachverständig. Vieles, was er schreibt, können wir unterzeichnen.

Dr. Kempf konstatiert zunächst die bekannte Tatsache, daß nach Einführung des Unfallgesetzes die Renten für Verarmte als dauernde Renten gewährt wurden. Erst allmählich sei immer stärker die Gewöhnung als Besserungsmittel in den Vordergrund gerückt. Bei den Verletzten, den Sprichwörtern und nicht zuletzt bei den Berufsvereinigungen habe sich die veränderte Auffassung schnell Eingang verschafft. Nur von den Verletzten schreibt Kempf, daß sie sich „nicht in gleichem Maße von dem wohlthätigen Einfluß der Gewöhnung hätten überzeugen lassen“. Das ist kein Wunder und klingt fast wie Ironie. Schreibt doch der Verfasser gleich hinterher:

„Diese Gefahr der kritiklosen Anwendung eines Begriffes scheint mir bei der Gewöhnung vorzuliegen. Man hat zuweilen den Eindruck, daß Gutachter, durch den unveränderten Bescheid in einige Verlegenheit versetzt, die Annahme von Gewöhnung als einen willkommenen Ausweg betrachten, um aller Schwierigkeiten objektiver Beurteilung und sachlicher Begründung ent-

Liebe macht reich.

„Der scheene Koffer“, sagte der Bader Franz, „wenn der reden könnt, der is jetzt weit rumkommen in der Welt!“ Mit diesen Worten gab er dem Koffer einen mächtigen Stoß, so daß dieser auf die Lampe zu steilen kam.

„Wo, was glaubt's, vielleicht frag'n ma a jeder was vom Herrn Gustav, jetzt wo er grad von der Hochzeitreise kommen is. Sie soll ja sehr viel Geld g'habt haben, die junge Frau!“ sagte ein anderer Bader.

„Kriegen, mir scheint, mir werd'n an' Schmarrn kriegen. An' neuen Meister hat er sich mit'bracht, den werd'n ma kriegen. A Preuß' soll er sein. Er hat a so a g'spätiges Gesicht! Eppa geht's bald los mit an' neuen Kommando!“

„Du bist a teppertiger Gutschler! Mir arbeiten wir früher weiter. Wann der Reiche uns schikanieren will, da soll'n ma uns b's nei g'fall'n. Da gehn ma zum Herrn Gustav uns beschwer'n. Wann mir Arbeiter z'samm'halten, kann uns nix g'scheh'n!“

„Ja, wann ma z'samm'halten! Mir halten aber net z'samm' in dera Buttafabrik. Die, die a bissel mehr Lohn frag'n, schau'n auf uns Hilfsarbeiter allerweil runter. Sie glaub'n, sie san noch mehr als mir. Die Aufklärer denken halt zu wenig an den Hochmut beim Menschen und den Reiz und den Haß und all's, was der Pfarrer in der Kirch'n so schön sagen tut!“

„Geh, zieg a mit deine blöden Red'n! Du ganz G'schier! Du wäst aa alles besser! Schau, jetzt, wo der Gustav so viel Geld hat, wird er uns Arbeiter noch net 's Leben noch lauter mach'n. Mir hab'n ja eh nix Gut's. So wird's sein, wie i sag'. Der Reiche gibt uns an' Ruah und der Gustav spendiert an' Fäulnis. Hallo, dös wäret feint!“

„No joo! Mir wäret's ja aa recht, wenn ma was kriegen lät'n. Si bringet dös Geld meiner Alten. Die jammert mir eh allerweil an, daß i' net auskomme. Und für di wäret's aa besser, wann du weniger ans Sausen und mehr an der Familie denken lätst. Dei Frau schind't sie und plagt sie wie a Biag und deine Kinder verkümmen halb! Schau, gestern war dei Fritz bei meiner Frau und hat mi um a Stüdel Brot bestellt. Muah dös sein?“

„Griß, auf Moratpredigten pfeif i. Wie i m'r das Geld eintell'n tu, geht niemanden was an. Z'hau's bin i der Herr, Himmelharrgott! Da laß i ma von niemand was dreinschmeißen!“

„No joo! Ich hab' ja bloß so g'reb't! Wozu denn alle streiten! Derweil ham ma ja gar la Geld net. Jetzt sei stad, da kommt der Herr Gustav.“

Wirklich kam jetzt Herr Gustav in die Fabrik hinein. Vor drei Tagen war er von der Hochzeitreise gekommen. Sie war tatsächlich sehr reich, die junge Frau.

Geld ist Macht. Was Wunder, daß der Herr Gustav bedeutend selbstbewußter geworden war. Mit dem Tage seiner Verheiratung, so hatte er in seinem Innern beschlossen, wollte er ein neues Leben beginnen.

Schließlich, das Leben ist ernst. Und wenn man sich schon verheiratet, so muß das doch einen Sinn haben. In Gesellschaften heiratet man selbstverständlicherweise niemals die Frau, nur ihr Geld. Und im Gelde liegt eben der Sinn. Was macht ein Fabrikant nicht alles mit der Mitgift! Man kauft Schulden, man baut neue Kräfte, einen neuen Schornstein, einen Dampfkessel, man kauft kostspielige Apparate, legt Transportanlagen an, beleuchtet seine Fabriken an allen Ecken und Enden mit Bogenlampen, man engagiert „tüchtige“ Vorgesetzte, kurz und gut, keiner konnte dem Herrn Gustav nachfragen, daß er zwecklos geheiratet hätte.

Die Beamten hatten Herrn Gustav gratuliert. Der junge Chef reagierte nicht weiter darauf. Er hatte jetzt wichtigere Dinge im Kopfe.

Praktisch sei der Mann. Darum hatte Herr Gustav auf der Hochzeitreise Bremen berührt und sich von dort einen „schneidigen“ Meister mitgebracht. Seit jutage, so sagte er sich, kann man in einer Fabrik nur scharfe Vorgesetzte brauchen. Den Arbeitern geht es eben zu gut und dann verlangen sie zu viel Lohn. So etwas ist einer guten Bilanz hinderlich. Und wieder der Mariusplatz in Venedig noch das erhabene Meeresbild an der Ofize, wieder die gleichbedeutenden Gipfel der Alpen noch das Paradies an der Riviera vermochte das Empfinden für die Bilanz in ihm zum Schweigen zu bringen. Unzählig waren die Rüsse, die auch auf dieser Hochzeitreise gewechselt wurden; aber dazwischen hörte das geistige Ohr des Herrn Gustav das Klängen der ausgegählten Wochenlöhne in seiner Fabrik. Wie wir sehen, hatte der eine Bader recht. Herr Gustav dachte doch auf der Hochzeitreise an seine Arbeiter.

Hochzeitreise und Geschäft! Liebe und Bilanz! — Ich sehe einer lieben Leserin ein trauriges Zucken über die Mundwinkel gehen. O, ich verstehe sie wohl, die liebe Leserin. Aber was soll ich machen? Es sind ja alles Tatsachen, die ich da erzähle. Der Herr

Gustav existiert wirklich. Seine Fabrik hat einen hohen Turm. Wenn man da hinaufsteigt, kann man weit ins Land sehen. Wie schön ist es hier! Brauner, fruchtbarer Ackerboden, grüne Bäder, dämmerblaue Berge. Wie wundervoll hier die Sonne untergeht, und dann abends, wenn die Natur schlafen geht, wie erhaben ist die Stille. Wenn der Himmel klar ist und die Milliarden Wunder des Weltalls ihre Lichtstrahlen dem einsamen Beschauer senden, welch fühlender Mensch würde hier nicht das Raunen hören des ewigen Lebens und vielleicht an jenen denken, der das Wunderwort ausgesprochen von der Nächstenliebe und vom ewigen Frieden auf Erden.

Aber die Menschen sind verschieden veranlagt, und dann sind sie überall von Kultur umgeben, leider. Die Kultur der Gegenwart aber ist „real“ und die Menschen von heute haben keinen Sinn für Schwärmereien. Die haben die ganze Erde zu einem einzigen Warenhaufen gemacht, worin sie mit allem, allem Handel und Schacher treiben. Auch der Herr Gustav ist so ein Geschäftsmann. Seinen besonders ausgebildeten Geschäftssinn hat er von seinen Vorfahren geerbt. Sonnenuntergänge haben noch niemals seiner Fabrik Geld eingebracht, also wozu sich darüber Gedanken machen? Nächstenliebe! Nun, dieser Begriff ist Herrn Gustav unbekannt. Für ihn sind die Nächsten da, daß sie in seinem Werke arbeiten, so billig als möglich. So billig als möglich!

Herr Gustav geht durch den langen Paddal. Da stehen an vielen Tischen junge, ganz junge Mädchen und verpuden mit den fleißig gleichen Handarissen die weißen und die gelben Kolosettablen. Durch die Fenster des Saales lächelt der fröhlich-blaue Tag herab auf die arbeitenden Menschenkinder. Eine Lohnreduktion, so kalkuliert Herr Gustav im Innern, würde mir die Kosten meiner Hochzeitreise sicherlich bald einbringen. Was ihn aber nicht hindert, die ihm entgegenstehenden Griffe der Arbeiterinnen freundschaftlich zu erwidern.

Herr Gustav bekommt nun die Mitteilung, daß der neue Meister, Herr Flaz, auf ihn warte, worauf sich der junge Chef in die Villa begibt.

„Guten Morgen, Herr Flaz“, begrüßt Herr Gustav den neuen Beamten. „Wie gefällt es Ihnen im Werke, eine heisse Wirtschaft, was?“

„Ja wohl, Herr Gustav, in Ihrem Werke geht alles drunter und drüber. Keine Zeitung, keine Disziplin, alles verwaschelt, die Arbeiter faul, die Beamten taugen nichts. Werde tüchtig ins Zeug gehen müssen, um wieder Ordnung in die Bude zu bringen!“

haben zu sein, gerade als ob sie in der Vorstellung lebten, die Gewöhnung bedürfe überhaupt keiner besonderen Begründung, sondern sei ein selbstverständliches, nie ausbleibendes Bindemittel aller menschlichen Gebahren. Eine solche Behandlung des Gewöhnungsbegriffs muß zu schweren Bedenken Veranlassung geben.

Dem Arzt mag eine derartige Praxis nur zu schweren Bedenken Veranlassung geben, den Verletzten empört sie. Wie schablonenhaft Gutachten ausgestellt werden, beweist folgender Fall, der in diesem Jahre passiert ist: Ein Verletzter bezog zuletzt eine Rente von 15 Proz. Als er von dem Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft nachuntersucht wurde, beantragte letzterer, die Rente von 35 auf 20 Proz. herabzusetzen! Er hatte sich nämlich im Aktienblatt vergewissert, wie das Obergewöhnungsamt später feststellte. Dem Verletzten war schon früher die Rente von 35 auf 15 Prozent herabgesetzt worden. Es ist anzunehmen, daß der Vertrauensarzt die Aufhebung der Rente empfohlen hätte, wenn er das richtige Aktienblatt gesehen hätte. Dieser Fall macht es begreiflich, aus welchem Grunde Dr. Engel (Berlin) in seinem Buche über: „Grundzüge ärztlichen Gutachtens bei der Ausfertigung der Unfallversicherungsgehalte“ es als „unpraktisch“ bezeichnet, einem Verletzten ohne Kenntnis der Aktien oder der früheren Gutachten Mitteilungen auszusprechen. Dr. Engel sagt selber, daß „viele Gutachter bei der Rentenbemessung straucheln.“

Dr. Kempf hat die Erfahrung gemacht, daß vielfach eine Gewöhnung mit sehr wenig überzeugenden Gründen angenommen wird. So werde einfach behauptet, die Gewöhnung sei „unzweifelhaft“ oder „nach der Erfahrung des täglichen Lebens“ bzw. „der allgemeinen Erfahrung“ eingetreten. Der Verletzte müsse sich durch eine derartige Begründung stets für benachteiligt und ungerecht beurteilt halten.

Ein besserer Grund für die Annahme der Gewöhnung sei die Zeit. Die Vorstellung, daß die Zeit alle Wunden heile, sei ja auch sehr volkstümlich. Man dürfe aber nicht den Satz, daß die unbedingte Voraussetzung jeder Gewöhnung die Zeit sei, so umkehren, daß man sage, die unaussprechliche Folge der Zeit sei die Gewöhnung.

Ganz außerordentlich wichtig sei die Frage, von welchem Zeitpunkt an die Gewöhnung gerechnet werden soll. Bei der ersten Rentenbemessung werde von einer Gewöhnung wohl kaum die Rede sein, weil dieselbe sofort nach Abschluß der Heilbehandlung erfolge. Aber bei späteren Begutachtungen werde irrtümlich die Zeit vom Tage des Unfalls bis zum Abschluß der ärztlichen Behandlung und endlich häufig für die Gewöhnung angerechnet. Immer wieder lese man: „Der Verletzte habe in den seit dem Unfall verstrichenen Jahren oder Monaten ausreichend Zeit, sich zu gewöhnen.“ Von großer Bedeutung sei diese Zeitbestimmung, wenn die zweite Rentenfestsetzung etwa 1/2 Jahr auf die erste und 1/2 Jahr auf den Unfall erfolge. In solchen Fällen werde man weniger geneigt sein,

Gewöhnung zu befürworten, wenn der Gutachter sage, der Verletzte habe 1/2 Jahr Zeit sich zu gewöhnen, als wenn er unrichtigweise erkläre, dem Verletzten habe für die Gewöhnung ein halbes Jahr zur Verfügung gestanden.

Bei der dritten Rentenfestsetzung müsse selbstverständlich außer dem vorerwähnten Zeitraum auch die Zeit zwischen der ersten und zweiten Rentenfestsetzung für die Bewertung des Gewöhnungseinflusses ausfallen. Denn ein Teil der Gewöhnung sei schon bei der zweiten Rentenfestsetzung in Betracht gezogen. Dabei mache es nicht das geringste aus, ob

Arbeitslos.

Wie starke Arme sind im Haus
Und griffen gerne rüstig zu,
Und doch die Not geht ein und aus,
Frißt tags das Glück und nachts die Ruh.

Und sieben Kinder sind am Tisch
Und nicht ein lautes Wörtchen geht,
Das jüngste nur lacht hell und frisch,
Weil es von allem nichts versteht.

Die Schränke und die Taschen leer,
Das Herz bedrückt und sorgenvoll,
Und niemand weiß es noch, woher
Das Nötigste man nehmen soll.

Es löst ein Tag den andern ab,
Und jeden Abend legt man müd
Ein totes Hoffen still ins Grab
Und singt dazu das Elendslied.

in dem früheren Rentenbescheid ausdrücklich die Gewöhnung als Besserungsgrund erwähnt sei. Wörtlich heißt es dann: „Es sollte deshalb auch nicht zulässig sein, eine spätere Rentenherabsetzung damit zu begründen, daß man sagt, in dem früheren Gutachten habe noch nichts von Gewöhnung, deshalb müsse dieses Moment jetzt in besonders hohem Maße in Anrechnung gebracht werden. Der Gutachter hat sich genau wie beim Verfahren zur Beurteilung des objektiven Befundes streng auf die Feststellung zu beschränken, ob und inwieweit seit der letzten Rentenfestsetzung Gewöh-

nung möglich war. Um diese Entscheidung treffen zu können, ist es notwendig, daß er sich einigermaßen klar macht, wieviel an Gewöhnung schon bei der früheren Rentenfestsetzung als vorhanden anzunehmen war. Wenn der Gutachter so verfährt, wird er zuweilen zu der Erkenntnis kommen, daß die Gewöhnung bis zum Termin der früheren Rentenfestsetzung schon so viel für den Mangel der Unfallfolgen geleistet haben müsse, daß man nicht gut mehr von ihr verlangen könne. Diese praktische sehr wichtige Überlegung scheint aber nicht immer ange stellt zu werden. Man kann nämlich aus manchen Gutachten und Entscheidungen die Auffassung herauslesen, daß jedem weiteren Zeitraum auch eine weitere Gewöhnung entsprechen müsse (!). Auf diese Weise wird in einzelnen Fällen immer von neuem Besserung und Gewöhnung angenommen, ein Grund, nach dem man bei einiger Konsequenz allen, auch den schwersten Verletzungen zur völligen Wiederherstellung der Erwerbstätigkeit verhelfen könnte. Dagegen kann nicht energisch genug Front gemacht werden. Wenn die Gewöhnung zweimal als Besserungsgrund herangezogen ist, so kann man damit ihren Einfluß auf den Zustand des Verletzten als abgeschlossen ansehen. In diesem Sinne hat sich auch das Reichsversicherungsamt ausgesprochen. Für viele Fälle scheint mir schon die zweimalige Annahme von Gewöhnung genügend zu sein.“ — Im Gegensatz hierzu vertritt Professor Liniger (Düsseldorf) in seinem weiterverbreiteten Buche über die Rechtssprechung des Reichsversicherungsamts sogar den Anschein zu erwecken, als ob wegen weiterer völliger Gewöhnung die Rente abermals herabgesetzt werden darf, wenn bei der vorherigen Rentenfestsetzung schon „völlige Gewöhnung“ angenommen worden ist. Das ist natürlich ausgeschlossen. Liniger vertritt einseitig die Interessen der Berufsgenossenschaften.

Daß im Laufe der Zeit eine gewisse Angewöhnung eintritt, geben wir gern zu. Nur darf mit der Gewöhnung kein Unfug getrieben werden, um die Taschen des Unternehmertums zu schütten.

Aber nicht allein die Zeit, auch andere Umstände sind bei der Frage der Gewöhnung zu berücksichtigen. Nach Kempf darf auch die Schwere der Verletzung nicht unberücksichtigt bleiben. Nach gewissen schweren Verletzungen tritt nach seiner Meinung nur eine ganz unbedeutende oder gar keine Gewöhnung ein. Das Verhältnis zwischen Grad der Gewöhnung und Grad der Verletzung werde aber nach seiner Erfahrung in manchen Gutachten und Rentenbescheiden vernünft.

Weiterhin spielt das Alter eine Rolle für die Gewöhnung. Im jugendlichen Alter erfolgt die Gewöhnung im allgemeinen schneller und vollständiger. Jugendlichen Verletzten werden auch in der Regel sehr bald die Renten gekürzt oder entzogen. Mit Recht sagt aber Kempf: „Wenn die Bedeutung des jugendlichen Alters allgemein anerkannt und von den Gutachtern nicht selten hervorgehoben wird, so muß man logischerweise ein hohes Alter als der Gewöhnung entschieden hinderlich betrachten. Nach dieser Richtung hin scheint man aber den Versicherern sehr selten Zugeständnisse zu machen.“

„Es freut mich“, sagte Herr Gustav, „daß Sie so offen zu mir reden. Sie haben leider recht. Meine Angehörigen denken mich aus. Alle Ehre Ihrem Ehrgefühl. Ich habe Vertrauen zu Ihnen. Wenn Sie mein Interesse vertreten, werden Sie bei mir weiterkommen!“

„Wenn ich wo in Stellung bin, da kenne ich nur das Interesse meines Chefs. Freundschaft gegen Kollegen, Rücksicht gegen Arbeiter gibt es nicht bei mir. So etwas ist dem Werte schädlich!“

„Ganz meine Meinung!“

„Vor mir müssen sich alle fürchten. Wer nicht das tut, was ich sage, den werfe ich hinaus. Sofort, eigenhändig, wenn es sein muß!“

„Sie sind der Mann, den ich mir gewünscht habe“, sagte freudig erregt Herr Gustav; „ich habe mich direkt nach einem so energischen Menschen geseht. Die Arbeiter werden immer unvernünftiger mit ihren Lohnforderungen. Jeden Moment kommt einer und erzählt mir, die Lebensmittel wären teuer geworden. Kann ich das? Bin ich der Handelsminister? Wenn ich dem einen bessere, gleich wollen die anderen auch mehr haben. Was glauben Sie, meine Arbeiter bestechen die Stille, mir ins Gesicht zu sagen, daß sie mit dem Lohne ihre Familien nicht ernähren könnten. Daß ihre Kinder hungern! Was kümmern mich Familienangelegenheiten? Warum heiraten sie? Warum setzen sie Kinder in die Welt? Es ist wirklich unerhört, für diese ganze Eppischkeit soll der Chef das Geld hergeben! Ich bin kein Wohlthäter! Die Arbeiter haben in meiner Fabrik fleißig zu arbeiten, dafür gebe ich ihnen Brot. Ihre Sorgen kümmern mich nicht, ich habe genug eigenes!“

„Sie sind beruhigt“, sagte nun im preussischen Kommandanten Flaz, „ich werde den Arbeitern schon das Geld fordern abgewöhnen. Schiden Sie nur alle Unzufriedenen zu mir; wer Geld fordert, dem gebe ich die Karte. Erfah ist überall genügend vorhanden!“

„Ganz recht“, Herr Flaz, die Unzufriedenen müssen hinaus. Wirklich gesagt, mir fehlt der richtige Ton, mit meinen Leuten fertig zu werden. Ich bin zu gut mit ihnen. Ich bringe es nicht übers Herz, sie hinauszuwerfen, wenn sie mich mit ihren Familienangelegenheiten belästigen. Ja, ich verspreche ihnen sogar Zulage, aber das genügt diesen Menschen noch immer nicht. Fortwährend kommen sie und erinnern mich an das, was ich versprochen habe. Das muß aufhören. Das hinausfordern dieser unruhigen Elemente muß Ihre erste Aufgabe sein, Herr Flaz!“

„Wird besorgt“, Herr Gustav! Sie können sich damit auf mich verlassen!“

„Wenn ich sehe, daß Sie Wort halten, wird es nicht Ihr Schaden sein!“

„Ein Mann, ein Wort!“

„Gut! Auf den Arbeiter Polorny möchte ich Sie besonders aufmerksam machen. Er arbeitet bei den Pressen. Er ist der Vertrauensmann seiner Kollegen und hegt immer die anderen auf.“

„Sollen die Arbeiter in der Fabrik zusammen?“ fragte nun Flaz.

„Ne, nicht besonders“, meinte mit seinem Lächeln Herr Gustav, „dafür habe ich schon gesorgt. Den klügsten Arbeiter bezahle ich etwas bessere Löhne. Und weil es diesen nicht besonders schlecht geht, denken sie auch weniger an Solidarität. Ist was los, dann beteiligen sich diese Leute ganz einfach nicht an dem Tumult und halten so gewissmaßen zu mir. Dadurch werden die anderen entmutigt und alles bleibt beim alten. Nur der Polorny scheint dieses sogenannte Arbeiterehrgefühl zu besitzen. Er hat Charakter. Diese Eigenschaft steht ein Vorgesetzter nie gern bei seinen Untergebenen. Also bringen Sie Polorny nur hinaus! Trachten Sie, ihn beim Nauchen zu erwischen! Nauchen ist ein Entlassungsgrund. Laut Fabrikordnung!“

„Wird besorgt werden!“

„Wird mich freuen!“ Und nun noch etwas. Ihr Vorgänger, Herr Schwarz, hat jetzt fünfzehn Jahre mein Brot gegessen. Nun, alles muß ein Ende haben. Der Wahrheit gemäß muß ich sagen, daß er unserem Hause viele treffliche Dienste erwiesen hat. Er war ein fleißiger und verlässlicher Beamter. Wir werden ihn das alles ins Zeugnis schreiben, später einmal. Vorherhand können wir ihn leider noch nicht gleich entlassen, solange er uns dazu keinen triftigen Grund gibt!“

„Grund zur Entlassung findet sich bald“, meinte nun Flaz.

„Wir werden nicht säumen“, sagte verständnisvoll Herr Gustav, „in der nächsten Zeit nach einem solchen zu suchen. Vorherhand übernehmen Sie mit dem heutigen Tage seine Stelle. Er hat in Ihren Räumen nichts mehr zu suchen und ich habe nichts dagegen, wenn Sie ihn im gegebenen Falle hinausweisen. Vielleicht steht er dann, daß er bei uns überflüssig geworden ist, und geht von selbst. Das wäre mir am liebsten. Ich bin überhaupt gegen jede direkte Kündigung. Wenn man flug vorbringt, kann man lästige Angehörige auch anders los werden!“

„Entschuldigend Sie schon, Herr Gustav, aber hinterücks handeln ist nicht mein Fall. Dazu eigne ich mich nicht. Wir fehlen die Fähigkeiten dazu!“

„Na, ich werde Sie Ihnen schon mit der Zeit beibringen! Wir werden ja noch oft Gelegenheit haben, uns miteinander zu beraten. Jetzt muß ich in die Fabrik. Noch eines. Unser Betriebschemiker ist mir unangenehm, Sie verstehen mich, Herr Flaz?“

„Natürlich, Herr Gustav!“

„Ferner, Ihr Vorgesetzter, Herr Flaz, bin ich, sonst niemand. Mein Bruder ist zwar Mitbesitzer, aber das hat nichts zur Sache. Es hat keinen das Recht, Ihnen etwas anzuschaffen. Verstehen Sie mich, Feiner!“

„Natürlich, Herr Gustav, ich verstehe Sie vollkommen. Ich werde als aus meinen Räumen hinauswerfen, die mir Vorschriften machen wollen. Ich werde energisch meine Stellung behaupten!“

„Se energischer, desto besser, für mich und für Sie! Hier ist meine Hand, viel Glück zum Eintritt!“

Das Telefon klingelt. Herr Flaz entfernt sich. Herr Gustav sieht ihm ironisch lächelnd nach. Dann geht er zum Apparat.

„Hier Kornfeld, wer dort?“

„Ich sehe mich so nach dir, wann kommst du?“

„Noch nicht, Kind, habe zu arbeiten. Soeben habe ich eine äußerst wichtige Unterbrechung hinter mir. Ja, man hat's nicht leicht als Fabrikant, glaube mir, man muß sich fortwährend plagen!“

„Gustav, erzähl mir doch von deiner Fabrik. Das interessiert mich richtig!“

„Aber, lieber Schwager, sei froh, daß du nicht weißt, wie es in meiner Fabrik zugeht! Wohin willst du heute Abend, Liebchen?“

„Habe eineloge im Theater bestellt. Das Reper-toire ist reizend! Du, vergiß nicht, den Champagner zu bestellen! Du weißt, bin totalunfähig, wenn ich meine Lieblingsmarke nicht haben kann!“

„Natürlich weiß ich das. Und abends hole ich dich mit dem Auto ab. Viele Küsse inzwischen, Liebchen!“

„Servus Gustav! Sei brav, plag' dich nicht zu viel, verließ' dich nicht in deine Arbeiterinnen, bleib' mir treu! Immer, hörst du?“

„Natürlich, Engerl, bleibe dir immer treu, immer, immer! Servus!“

Herr Gustav läutet ab. Dann bleibt er einen Moment stehen und sagt leise vor sich hin: „Wie romantisch noch immer diese jungen Weiber sind. Jede will haben, man soll ihr treu bleiben. Wie man nur so etwas von einem Manne verlangen kann!“

Mit großer Vorliebe würden bei der Annahme der Gewöhnung die günstigen Arbeits- und Lohnverhältnisse der Rentenempfänger ins Feld geführt. Aus den Angaben über die Arbeitsverhältnisse können sich aber ärztliche Gutachter und richtige Instanzen nur dann ein zureichendes Bild von der Erwerbsfähigkeit des Verletzten machen, wenn der Arbeitgeber eine eingehende Beschreibung von der Leistungsfähigkeit des Verletzten gebe. Die gewöhnlich allgemein gehaltenen Versicherungen können man höchstens dann verwerten, wenn der Arbeitgeber erklärt, daß ihm an dem Verletzten eine Behinderung bei der Arbeit, die auf einen Unfall schließen ließe, überhaupt nicht aufgefallen sei.

Nicht minder vorzüglich müsse bei Berücksichtigung des Lohnes des Verletzten verfahren werden. Es sei ja bekannt, daß der tatsächlich gezahlte Lohn nicht hilflos als Äquivalent der Erwerbsfähigkeit gelten dürfte, da einerseits aus einem Wohlwollen gelegentlich viel höherer Lohn gezahlt werde, als der Arbeitsleistung entsprechen würde, andererseits auch lediglich mit Rücksicht auf die Kente unbedeutende Abzüge vom Lohn vorkommen. Der Grundsatz: Verdient der Verletzte denselben Lohn wie seine Mitarbeiter, sei fällt jeder Grund für einen Rentenbezug fort, sei falsch. Um sich im Übrigen aus den Lohnverhältnissen eine einigermaßen zureichende Vorstellung von der Leistungsfähigkeit des Verletzten zu machen, sei notwendig, daß sich der Gutachter drei verschiedene Unterlagen beschaffe, nämlich: 1. über den Lohn, den der Verletzte vor dem Unfall erhalten hat, 2. über den Lohn, den er zurzeit bezieht, 3. über den Lohn, den andere gleichwertige Arbeiter bekommen. Gegen diese Regel werde häufig gesündigt. Oft werde einfach der frühere und der jetzige Lohn gegenübergestellt, ohne zu bedenken, daß inzwischen eine allgemeine Lohnsteigerung stattgefunden habe. Ein andermal verweise man wieder nachweislich bezüglichen Verdienstes vor dem Unfall, und das Einkommen des Verletzten werde an dem seiner jetzigen Arbeitskollegen abgemessen, ohne Rücksicht darauf, daß er früher einer besserbezahlten Arbeiterklasse angehört.

Trotz Bescheinigungen der Arbeitgeber, daß eine Behinderung in der Arbeit noch vorliege, werden nach unserer Erfahrung die Renten vielfach mit Rücksicht auf die Zeit, die seit dem Unfall verstrichen ist, oder mit Rücksicht auf den Lohn oder auf die Schwielerbildung an den Händen und die kräftige Muskelatur entzogen. Überhaupt die Schwielerbildung und die Muskulatur! Auch sie wird sehr häufig als Vorwand zur Rentierung benutzt. Nach Kempt ist die Wiederholung einer Tätigkeit für jeden Verletzten die notwendige Voraussetzung der Gewöhnung. Aber während der eine eine Berrichtung völlig beherrscht, nachdem er sie hundertmal ausgeführt habe, könne man beim andern noch nicht von Gewöhnung reden, wenn er die Arbeit tausendmal wiederholt habe, und doch habe der letztere infolge seiner viel größeren Anstrengung kräftigere Muskeln und stärkere Schwielen als der erste. Hier spreche eben die Intelligenz und die Geschicklichkeit ein gewisses Wort mit. Die Unerschaffung dieses Unistandes führe zu Tragfolligkeiten. Bei einem notorisch ungeschickten oder stumpfinen Menschen müsse der Gutachter bei der Annahme von Gewöhnung vorsichtig sein.

Die Ausführungen Kempt's zeugen von großer Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit. Aus ihnen geht aber auch hervor, daß die Ärzte im allgemeinen noch viel zu lernen haben, ehe sie den Kranken Simulation und Rentenjucht nachsehen können. Unter allen Umständen müssen aber die Versicherten auf der Hut sein, den Unfug mit der Gewöhnung nicht in einen großen Unfug ausarten zu lassen.

Kauttionen.

Allbekannt ist es, daß man von Kaffirern und Kassenboten der Banken und öffentlichen Geschäften bei ihrem Eintritt oder Austritt ihres Amtes eine gewisse Kauttion verlangt, die im Falle einer Unterschlagung oder eines Schadens dann dem Geschäfte als Deduktion dienen soll. Jedermann weiß aber auch, daß eine Kauttion nie die Höhe eines Schadens ersetzen kann, also nur eine Teildeckung sein wird. Wollte man das, so müßte man eben von dem Angestellten eine Kauttion in Höhe des Umsatzes verlangen, den derselbe hat. Da müßten aber oftmals Millionen Mark an Kauttionen verlangt werden, die gewöhnlich kein Angestellter besitzt. Man hat sich also in der Öffentlichkeit mit dem Modus der Teildeckung abgefunden.

Anderes wird aber die Sache, wenn man jetzt schon dazu übergeht, von armen Teufeln, die für das Geschäft einige Mark pro Tag zu kassieren haben, auch schon Kauttionen in Höhe von einigen hundert Mark verlangt. Vielen ist es daher gar nicht möglich, das Geld aufzubringen, da sie kein Vermögen besitzen und eine Summe von 3-500 Mk. ist für einen Kassenboten schon ein Vermögen. Entschleiert man sich aber dennoch zur Beschaffung dieser Summe, dann in der sicheren Voraussetzung, daß man sich eine Lebensstellung damit schaffen kann und von drohenden Nahrungsorgen befreit wird. Man holt dann seine letzten Spargroschen herbei, pumpt Verwandte oder Bekannte an, um ja die Stelle zu bekommen. Oder, wenn gar keine Hilfe vorhanden ist, und Kassenboten haben ja auch gewöhnlich nur arme Verwandte und Bekannte, die in Frage kämen, dann entschließt man sich, auch von — Versicherungsgesellschaften die Summe zu leihen. Wir wollen nicht auf die vielen Fragebogen eingehen, die da gewöhnlich erst auszufüllen sind. Gelingt es also, eine Summe von der Versicherung zu erhalten, dann atmet der „Glückliche“ erleichtert auf und schleppt dann das Geld sofort an dem „armen“ Arbeitgeber, um die Stelle zu erhalten, zählt dann die hohen Zinsen, die oft als reine Wucherzinsen zu nennen sind, um ja die Brotstange zu erhalten, die aber oftmals nur von kurzer Dauer ist. Große Opfer werden also heute von vielen Proleten gebracht, um die verfluchte Kauttion herbeizuschaffen, und ein Teil seines fargen Lohnes muß dann für die Zinsen verbraucht werden. Gar oft fallen aber auch Kollegen auf einen fein angelegten Schwindel herein und verlieren dann nicht allein ihre eigenen Spargroschen, sondern auch noch fremdes Geld, welches hoch verzinst werden muß. Gibt es nicht schon eine ständige Rubrik in den Tageszeitungen unter Gerichtssaal, worin Fälle erwähnt werden, in welchen Schwindler eine „Firma“ gegründet haben und von ihren Angestellten hohe Kauttionen verlangten? Ungläubig trägt da ein armer Kassenbote seine letzte Habe in das neue Geschäft, welches ein „feines“ Schild am Hause angebracht hatte, sogar auf den auf Pump beschafften Briefbogen von „Bankkonto“ spricht usw. Das saner ersparte Geld fließt in die Taschen der Gauner, die damit arbeiten und immer neue Opfer heranziehen. Sogar als „Teilhaber“ werden arme Transportarbeiter mit Vorliebe „aufgenommen“. In einem Falle, der uns bekannt wurde, hatte ein Ausläufer seine ganze Erbschaft in Höhe von 1000 Mk. dem Gauner gebracht, der nichts sein eigen nannte, als einen Federhalter. Die ganze Ausstattung der Firma war auf Pump angeschafft, natürlich recht geschmackvoll und fein, damit die Leute eher auf den Reim trafen. Nach kurzer Dauer erkannte man der Vermisse den Schwindel, konnte als Teilhaber auch nie und da in die Bücher der Firma sehen und verlangte dann sein Geld zurück, welches aber schon verpulvert war. Vor der erstatteten Anzeige wurde ihm vom „Teilhaber“ der schöne Trost, daß er nur noch einige Tage Geduld haben möge, bis sich ein „Nachfolger“ finden würde, dem man eben wieder das Geld abknöpfen hätte. Doch der Staatsanwalt machte dem Schwindel ein Ende und die eingezahlte Kauttion war verloren. Zu spät hatte also der arme Teufel den Schwindel erkannt. Es kann also in dieser Hinsicht nie genug gewarnt werden. Aber auch bei soliden Geschäften ist die Kauttion ein Übel. Erstens verlangt man von armen Teufeln hohe Summen, die sie nur unter großen Opfern aufbringen, die aber dann sofort im Geschäft verwendet werden. Dadurch ist es vielen Geschäften, wenn sie dies auch entschließen freistellen, möglich, die Bankzinsen zu sparen. Sie arbeiten eben mit fremdem, ihnen anvertrautem Gelde. In vielen Fällen verlangen sogar die Angestellten gar keine Zinsen vom Geschäft, obwohl sie selbst hohe Zinsen zu zahlen haben oder bei der Sparkasse 3-4 Proz. Zinsen alljährlich glatt verlieren. Sie sehen also ruhig zu, wie mit ihrem Gelde gearbeitet wird und müssen sich doch jederzeit sagen lassen, daß sie bei der geringsten Gelegenheit entlassen werden können, aber dann die Entlassung doch, dann wartet man geduldig auf die Herauszahlung der doch sofort verlangten Kauttion. Hundert Ausreden sind da vorhanden. Erst müsse man abwarten, ob auch alle Posten bezahlt sind, ob alles stimme, ja keine Kunden sich noch melden würden usw. Es kommt auch in sogenannten guten Geschäften vor, daß die Firma einen armen Teufel wochen- oder monatelang auf die Herauszahlung der Kauttion warten läßt. Will nur der arme Teufel wieder in ein ähnliches Geschäft eintreten, dann muß er wieder den Rundgang antreten und sich die Kauttion verschaffen. Ja, es kommt nicht selten vor, daß Geldgeber mit einigermaßen berechtigtem Grunde Mißtrauen hegen, daß der Transportarbeiter seine Kauttion von der „feinen“ Firma nicht erhalten könne. Sicher liege da etwas vor, eine Unterschlagung usw. vorgekommen, denn sonst hätte er doch sicher sein Geld beim Austritt sofort erhalten. Wer fragt dann nach den Gründen der Verweigerung? Und wieder hat der arme Teufel den Schaden. Manchem Transportarbeiter ist es deshalb nicht möglich gewesen, sofort wieder eine ähnliche Stelle zu finden, weil er keine Kauttion in Händen hatte und lange Zeit warten mußte, bis sich die Firma endlich dazu bequimte, das Geld herauszugeben. Hier geht es ja ähnlich wie mit den Invalidentarten. Fast keine Firma stellt heute Arbeiter ein, die ohne Invalidentkarte sind und doch werden die Karten beim Austritt der entlassenen Arbeiter erst wochenlang später herausgegeben. Der alte Unfug, unter dem die Arbeiter so enorm zu leiden haben. Auf alle Fälle ist daher beim Verlangen einer Kauttion größte Vorsicht am Platze. Arbeiter verdienen ja heute das Geld so schwer und sollten sich dreimal überlegen, ob und wenn sie das Geld anbegeben. Keiner Firma ohne weiteres Kauttion geben, die man nicht näher kennt, niemals sich auf den alten Schwindel der Teilhaberschaft einlassen. Wenn eine Firma einem Arbeiter nicht traut, dann hat jedenfalls der Arbeiter auch das gute Recht, Mißtrauen gegen die Firma zu hegen. Und sind nicht schon alte, angelegene Firmen verbankrot? Die weitere Frage wird dann zu stellen sein, wie die Kauttion auch sichergestellt wird? Geschäfte, die mit den Kauttionen ihrer Angestellten arbeiten, sind immer verdächtig und wenn sie nicht das Geld sicherstellen, dann lieber die Stelle nicht annehmen. Aber auch bei soliden Geschäften und bei Sicherstellung der Kauttion auch immer darauf achten, daß Zinsen vereinbart werden. Und zwar Zinsen immer in der Höhe des Sparzinsfußes am Orte. Gewährt z. B. ein Sparplatz einen Zinsfuß von 3½ Proz. am Orte, dann muß der Arbeiter unbedingt diesen Zinsfuß auch verlangen. Das ist er sich, seiner Familie und auch seinem Eande schuldig.

Zum Schutz der „Arbeitswilligen“.

Im „Courier“ wurde schon so oft auf das Bestreben der Reaktionsäre hingewiesen, die jetzt von neuem ihr Haupt erheben, einen „kräftigen Schutz“

der Arbeitswilligen, also der Streikbrecher zu fordern. Die Transportarbeiter haben wahrlich schon so oft im Kampfe mit dem mächtigen Kapital diese Sorte „Arbeiter“ kennen gelernt und am eigenen Leibe verspürt, welch Geistes Kinder diese Leute sind, die für einen Judaslohn ihre eigenen Kollegen an das Kapital verkaufen. Ja, es hat sich nach dem amerikanischen Beispiele bereits in vielen Orten eine richtige „Zentrale“ für Vermittlung dieser Stellen gebildet. Denn Geschäft ist Geschäft und schlaue Brüder mühen auch diese Gelegenheiten aus. Die Schreier nach größerem Schutz der Arbeitswilligen wollen der Öffentlichkeit vorlaufen, daß heute kein Schutz vorhanden sei, denn sie verschweigen die wahren Urteile, die heute schon in Streikprozessen gegen arme Streikende und auch deren Angehörigen ergangen sind. Hunderte von Jahren Gefängnis haben brave Arbeiter wegen solchen Gefellen bereits verbüßt, neue Verurteilungen stehen bevor und die Streikbrecher werden unter dem Schutze der Behörden mit Revolver und Messer ausgerüstet, sich ihrer Haut zu wehren. Daß solche Wutgelen von diesem „Rechte“ auch richtig Gebrauch machen, versteht sich von selbst. Da mitten im Streit um diesen „Schutz“ der lieben Streikbrecher erscheint ein Artikel von einem Großindustriellen, der unseren Schmarckern ganz gehörig in die Glieder fahren wird. In Nr. 338 der „Frankfurter Zeitung“, die wahrlich nicht im Verdachte steht, sehr arbeiterfreundlich zu sein, veröffentlicht Herr Dr. Schomerus, der Direktor der großen Zeitwerke zu Jena, einen Artikel: „Der Schutz der Arbeitswilligen und die Industrie“. Der Verfasser, ein gründlicher Kenner der ganzen Frage, wirft vor allen Dingen die Frage auf: „Liegen wirklich genügend Gründe vor, noch mehr unserer Volksgenossen noch länger in die Gefängnisse zu bringen?“ Auffällig erscheint es ihm auch, daß nicht die Arbeiter selbst nach größerem Schutz schrien, denn auch die Christlichen, Kirche usw. hätten die Forderungen der Schmarckern abgelehnt und führt an: „Die Kaser im Streit sind vielmehr die Beauftragten der Unternehmerverbände, die Vertreter von Industriellen, die selbst vielfach organisiert sind, den Wert des beruflichen Zusammenschlusses kennen und nicht gar zu zimperlich mit dem umgehen, die ein Ausbiterleben dem Gebundensein vorziehen.“ Dann schilbert er sehr gut die Macht, den Terrorismus des Großkapitals gegen die nichtorganisierten Unternehmer und fragt, weshalb denn kein größerer Schutz für die nichtorganisierten Unternehmer, Ärzte usw. gefordert werde? Er meint dann auch: „Wenn der Gewerkschaftsbeamte im Auftrage einer Mitgliedschaft vom Arbeitgeber die Entlassung eines nicht oder andersorganisierten Arbeiters verlangt und durchsetzt, weil sonst alle den Arbeitsplatz verlassen, so läßt sich dagegen strafrechtlich nichts ausrichten.“ Der Arbeitswillige sei aber auch dann nicht ungeschützt, denn er habe nach der neuesten Rechtsprechung einen Anspruch auf Schadenersatz gegen die Gewerkschaften, wie verschiedene Oberlandesgerichte bereits entschieden hätten. Sehr lehrenswert ist aber auch die Schilderung des Direktors über den sogenannten „Organisationszwang“ innerhalb der Betriebe selbst, ohne daß der Staat oder Zitierrichter zum Einschreiten befugt sei, z. B.: „Ein Neuling tritt in eine Abteilung ein, in der die überwiegende Mehrheit aus Organisierten besteht. Sofort wird er von diesen ausgefragt, ob er bereits im Besitze des Mitgliedsbuchs des Verbandes sei. Auf die Verneinung folgt die „Bearbeitung“, „Aufklärung“, es wird ihm abwechselnd freundlich und dornig zugeredet — meist mit schnellem Erfolg. Weigert er sich aber hartnäckig, der Einladung zum Beitritt nachzukommen, so läßt man ihn links liegen, man hilft ihm nicht über die Schwierigkeiten des Anfangstums hinweg, gibt ihm keine Fingerzeige für die Bedienung der Maschinen und Handhabung der Werkzeuge, ist ihm in keiner Weise behilflich, kurzum, man verhält sich ihm gegenüber rein paßlos. Er steht da ein, daß er hier nicht ohne Mitgliedsbuch existieren kann und zieht daraus in 99 von 100 Fällen die praktische Folgerung, dem Verband beizutreten, obwohl er innerlich wenig Neigung verspürt. Aber weiter. Es bleibt nicht immer bei diesem paßlosen Verhalten, das Zusammenarbeiten in der Werkstatt bietet so bequeme Gelegenheit, den Arbeitsgenossen, der durchaus nicht dem Verbande angehören will, zu ärgern, aufzusuchen, lächerlich zu machen, ihm einen Schabernack zu spielen, und nur, um endlich Ruhe zu haben, vollzieht er den Beitritt.“ Dieser „Kleinriegel in der Werkstatt“ sei die eigentliche Quelle aller Klagen, aber nicht durch Gesetze zu treffen. Es mag manches an dieser Schilderung wahr sein, es mag vorkommen, daß organisierte Arbeiter so verfahren, obwohl es nicht immer praktisch ist, Leute gegen ihren Willen in eine Organisation zu pressen, die sie nicht leiden mögen. Doch hat die Frage auch ihre andere Seite. Der „Kleinriegel“ wird immer bitterer, sobald sich Elemente in einen Betrieb einschleichen, in welchem nach jahrelangen Kämpfen und Opfern geordnete Verhältnisse, höhere Löhne usw. erkämpft worden sind. Dann kommen eben solche Gefellen und wollen sich in das gemachte Bett setzen und nichts tun, das Errungene festzuhalten. Es besteht also für die Organisierten dieser Betriebe die große Gefahr, daß solche Wutgelen alles Errungene aufs Spiel setzen und sofort mit dem Unternehmer oder dessen Vertreter, Wertmeister, Vorarbeiter und wie die Unteroffiziere des Kapitals alle heißen mögen, sich ins Benehmen setzen, billiger arbeiten wollen usw. Der Verfasser vergißt aber auch die große Frage, daß heute vielfach Unternehmer solche Gefellen extra einstellen, um Unfrieden in die besten Reihen der kämpfenden Arbeiter zu bringen, deren Eintritt und Frieden zu stören, um dann desto besser im trüben zu fischen. Der „Kleinriegel“ beginnt also nicht nur um einen neuen Kollegen in die Organisation zu pressen, sondern um Verräter fernzuhalten. Durch die oben gestellten Fragen merkt man dann

gar bald, welches Geistes Kind man vor sich hat und nicht immer geht die Sache so leicht vonstatten, daß man durch „rein passives“ Verhalten ein neues Mitglied für den Verband gewinnen kann. Wie oft kommt es vor, daß dieser Lockvogel sofort auf's Kontor reht und dort brüthwarm berichtet, daß man „ihm keine Ruhe läßt, zwingen will dem Verband beizutreten“ usw. Und das wollen ja die modernen Unternehmer extra haben. Zu diesem Zweck haben sie ja die Gassen geküßt und stellen sie neu ein. Und wie gemein benehmen sich oftmals solche Schlingel des Kapitals in den bisher so ruhigen Betrieben. Dann werden die Worte direkt verdreht und immer wird diesen Burschen geglaubt, die sich als verfolgte Unschuld hinstellen. Dies hat also der Herr Direktor übersehen. Sehr richtig führt er aber wieder hingegen aus, daß die freien Gewerkschafter vor der Überzeugung des liberalen oder christlichen Arbeiters größer Achtung gewinnen, wenn diese „mit weit mehr Selbstbewußtsein und Nachdruck ihre Überzeugung bekennen“. Zum Schluß verweist er jedes neue Geseß zum Schutze der Arbeitswilligen.

„Kings um Leipzig“

werden von der Mitgliedschaft Leipzig in der Einheit diejenigen Orte bezeichnet, die an die Verwaltungsstelle Leipzig durch das Vertrauensmännersystem angeschlossen sind. Es kommen in Frage ungefähr 15 Orte, in denen rund 1000 Berufsangehörige wohnen oder beschäftigt sind, von denen 650 unserem Verbande als Mitglieder angehören. Der Aufbau dieser Mitgliedschaften hat der Leipziger Ortsverwaltung nicht nur hohe Ausgaben, sondern auch recht viel Arbeit verursacht. Die Förderung der Organisationsbestrebungen in den Orten „Kings um Leipzig“ war aber auch für die Leipziger Mitgliedschaft eine unbedingte Notwendigkeit, weil die Leipziger Unternehmer bei jedem Lohnkampfe durch marktfeindliche Annoncen in den Tageszeitungen dieser kleinen Orte Hausierer suchen und zum Teil auch fanden. Seitdem aber Organisationen oder Anstalten derselben in diesen Orten bestehen, ist dies besser geworden. So wirkt denn diese Organisationsstätigkeit nicht nur fruchtbringend für die Kollegen in den fraglichen Orten, sondern auch die Mitgliedschaft Leipzig hat Vorteile davon und kann noch obendrein darauf stolz sein, den fraglichen Kollegen als Wegweiser gebiet zu haben.

Wir wollen zum Jahreschluß die Orte erwähnen und nur ganz kurz die allernotwendigsten Bemerkungen daran knüpfen:

Borna ist ein Kind der Neuzeit und am 19. Mai 1911 gegründet. In diesem Städtchen kommen ungefähr 50 Berufsangehörige für uns in Frage, von denen 25 organisiert sind. Unsere Kollegen sind hier zum größten Teil in gemischten Fabrikbetrieben tätig, in denen der vorwiegendste Stoff- und Logizwang noch in schärfster Blüte steht. Schon daß die Lohnzahlung erst Sonntag mittags erfolgt, beweist am besten, daß unsere Organisation hier noch recht große Aufgaben zu erfüllen hat. Da sich bei der Gründung geeignete Kräfte aus den Reihen der Kollegen nicht finden wollten, lag die örtliche Leitung bis zur Mitte dieses Jahres in den Händen eines Kartellvertreters. Dieser Umstand sowie schlechte Erfahrungen mit einem Debitiertrager trugen wohl die Schuld daran, daß unsere Sache von vornherein nicht so recht vorwärts gehen wollte. Jetzt hat aber ein Verbandskollege die Geschäftsführung in den Händen und alle Anzeichen deuten dafür, daß im neuen Jahre die Verhältnisse für unsere Kollegen in Borna bessere werden.

Croßitz liegt schon im preussischen Gebiet. Diese Zahlstelle hat 56 Mitglieder und sind es hauptsächlich die Brauerei und die Malzfabrik, in denen unsere Berufsangehörigen tätig sind. Trotzdem Croßitz ein rein ländlicher Ort ist, sind hier die Lebensmittelpreise ungewöhnlich hoch. Für die Kollegen in der Malzfabrik machte sich im Berichtsjahre der Abschluß eines neuen Tarifvertrages notwendig. Diese Gelegenheit wollten die Unternehmer in der herrschenden Arbeitslosigkeit dazu benutzen, Verschlechterungen einzuführen, was aber ohne ernste Differenzen abgewehrt wurde. Der Anfangslohn wurde auf 25,50 Mk. und der Höchstlohn auf 28,50 Mk. festgesetzt. Auch in der Brauerei sollte mit der Einführung einer neuen Arbeitsordnung eine wesentliche Verschlechterung Platz greifen. Hier sollte das Verschärfen der Bierführer die Ausperrung für den betreffenden Tag zur Folge haben. Diese Maßnahme war zu hart und wurde von der Organisation in der gelegentlichen Schranken gewiesen. Am Sonnabend, den 24. Januar, soll im Gasthof Croßitz eine Versammlung stattfinden, in der die Neuwahl der Funktionäre erfolgen und der Bericht über die Tätigkeit im verfloßenen Jahre gegeben werden soll.

Eilenburg hat eine stabile Mitgliedschaft von 57 Kollegen. Trotzdem ist noch ein ganzer Teil Berufsangehörige in anderen Verbänden organisiert, was mit dazu beigetragen hat, daß die letzten zwei Lohnbewegungen nicht mit aller Energie und Schärfe geführt werden konnten, deshalb mußten auch die Kollegen in diesem Jahre sich wieder mit den Lohnzulagen einverstanden erklären, die den Unternehmern durch persönliche Verhandlungen abgerungen wurden. Hieraus haben die Eilenburger Kollegen erneut gelernt, daß eine Arbeiterorganisation dann erst am schlagfertigen ist, wenn sie alle Berufsangehörigen umfaßt. In einem Orte wie Eilenburg, wo das Klassenbewußtsein der Arbeiter solche guten Fortschritte gemacht hat, müßten zuallererst alle Vorbedingungen zu erfolgreichen Lohnkämpfen erfüllt werden.

Grimma hat 48 organisationsfähige Berufsangehörige, von denen 21 Mitglieder unseres Verbandes sind. Lohnbewegungen sind hier sehr schwer zu führen, weil lauter Kleinbetriebe in Frage kommen. Hoffentlich gelingt es uns, bei der aufsteigenden Konjunktur für die Kollegenschaft erfolgreich tätig zu sein. Liebertsdorf hat einen Mitgliederbestand von 59 Kollegen. Diese Kollegen arbeiten aber zum größten Teil in Leipzig und haben nur ihren Wohnsitz in Liebertsdorf. Die Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr um etwas zurückgegangen, was sich nicht durch Abhaltung von Versammlungen, wohl aber durch besseren Versammlungsbesuch und rege Agitation wieder wettmachen läßt.

Marxsaß hat, wozu auch die Umgegend gehört, hat 47 Mitglieder. Die Mitgliedschaft besteht, jeden letzten Sonnabend im Monat eine Versammlung in der Kartellkassen abzuhalten. Hoffentlich trägt dieser Beschluß mit dazu bei, daß das Organisationsverhältnis unserer Kollegen in dieser Gegend ein besseres wird.

Pegau-Großsch. bilden eine Zahlstelle. Diese beiden kleinstädtischen Städtchen liegen im herrlichen Elbtale. Wir glauben es dem Kollegen, der das Beitragsaffären besort, daß es schwer ist, alle Sonntage diese beiden Städte mit Vororten abzulaufen. Aber sobald die Sonne höher steigt, werden wir durch energisches Eingreifen die Zahl der Mitglieder erhöhen, so daß sich die Einrichtung einer weiteren Einsparertour lohnen wird.

Rötha hat 15 Mitglieder. Es wäre wohl noch möglich, hier einen Teil der Kollegen, die in Führ-

und sonstigen Transportbetrieben tätig sind, zu gewinnen. Wir wollen hoffen, daß die Energie und Willenskraft unserer Köpfer Kollegen es dochhin bringt, daß der Bericht im nächsten Jahre besser ausfällt.

Schkeuditz hat als Zahlstelle 90 organisierte Kollegen und 151 organisationsfähige Berufsangehörige. Die Zahl dieser Unorganisierten zu vermindern, muß die nächste Aufgabe der dortigen Kollegen sein, denn der Streit im Jahre 1911 hat klar bewiesen, daß Außenstehende in einem wirtschaftlichen Kampfe nur Gefahr bringen. Außerdem ist unter den Kollegen Straßenbahnern in Schkeuditz noch ein sehr großes Tätigkeitsfeld.

Zaucha, wo eine große Anzahl unserer Berufsangehörigen in den Steinbrüchen als Aufseher tätig sind und ein noch größerer Teil als Handelsreisende in Leipzig in Beschäftigung stehen, hat nur 23 Mitglieder. Auch hier wird im neuen Jahre angelegt werden müssen, um eine Besserung herbeizuführen.

Wurzen hat als Zahlstelle 62 Mitglieder, denen noch 60 unorganisierte Kollegen gegenüberstehen. Die Verbandsstätigkeit ist hier eine recht rege. Am Anfang des Jahres wurde eine lebhaft Agitation für die Werbung von Genossenschaftsmittellern entfaltet, woran sich auch unsere Verbandskollegen in hervorragender Weise beteiligten. Im vorigen Jahre haben die Kollegen im Transportgewerbe einen Streit geführt, der nicht alles brachte, was gefordert wurde, woran wohl die vielen Kleinbetriebe die Schuld tragen. Es waren in 17 Betrieben 59 Berufsangehörige tätig, wovon noch ein großer Teil unorganisiert war.

Zwenkau hat 125 organisationsfähige und 117 organisierte Kollegen. Hier bestand seit 1911 zwischen den Unternehmern und unserer Organisation ein Abkommen, das am 1. April d. J. sein Ende erreichte. Die Forderungen, eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Woche und Mann wurden an 14 Betriebe mit 39 Beschäftigten eingereicht. Da aber auf Grund der drohenden Aussperrung im Baugewerbe von einem Streit Abstand genommen wurde, erhielten die Kollegen nur Lohnzulagen durch mündliche Vereinbarung, die aber ein Teil der Unternehmer nicht gehalten hat. Sobald bessere Zeiten eintreten, muß es unsere Aufgabe sein, die Unternehmer wieder zum Abschluß eines schriftlichen Abkommens zu zwingen.

So haben wir in kurzen Zügen ein Bild gegeben, das am nächsten Jahreschluß reichhaltiger werden soll. Bemerken wollen wir noch, daß es uns bei der Bearbeitung der angeführten Orte innerhalb der Zeit aufgefallen ist, wie die fraglichen Funktionäre und auch die Mitglieder fast durchgängig meißterhaft an ihrer Selbstbildung und Schulung gearbeitet haben. Die Funktionäre sind zum größten Teil längere Jahre in ihren Vereinen und das gemeinsame Zusammenarbeiten hat sich erheblich zu Gunsten dieser Kollegen geäußert. Ja, der Schreiber dieses möchte behaupten, daß der ideale Geist und Sinn für die Befreiung der Arbeiterklasse in den Herzen der kleinstädtlichen Kollegen bessere und nachhaltigere Nahrung findet als wie dieses in der Großstadt der Fall ist. Hiermit soll nicht etwa gesagt sein, daß schon alles ohne Fehl und Tadel sei, denn erst in einer der letzten Sitzungen ist sich die Ortsverwaltung darüber einig geworden, in den nächsten Monaten eine Konferenz der Funktionäre aus den Orten „Kings um Leipzig“ abzuhalten und durch Referate sowie durch Anschauungsunterricht die Kollegen Funktionäre eingehender in die Erledigung der Verbandsangelegenheiten einzuführen.

Aus unserm Berufe

Automobilführer



Die gebesserten Zehlendorfer. Vor einigen Wochen „Courier“ Nr. 45, 9. November 1913 berichteten wir über eine Zehlendorfer Autofahrt. Gen darmereiwachsmann Hermann arbeitete mit der Stoppuhr. Einer unserer abgestoppten Kollegen erhielt am 19. Dezember 1913 folgendes Schreiben:

Zehlendorf (Wannseebahnhof).
Die gegen Sie unterm 24. Oktober d. J. erlassene Strafverfügung über 10 Mk. ziele ich hiermit zurück.
Und über einen Sünder ist mehr Freude als über 99 Gerechte.

Verpflüchtung oder zentrale Organisation? In Mannheim wurde wieder einmal die Kraft der Chauffeure geschwächt. Es wurde ein „Verband süddeutscher Chauffeure“ gegründet. Es sollen sich diesem neuen überflüssigen Gebilde bereits mehrere Vereinigungen angeschlossen haben, die sich aber schämen, ihren Namen anzugeben. Der Sitz des Verbandes soll Karlsruhe sein; als Verbandssekretär fungiert Heinrich Klump, der entweder selbst Buchdrucker oder die Schreibweise eines Buchdruckerleiters ist, der nach berühmtem Muster gern eine geldbringende Inseratenplantation herausgeben möchte. Der „Verband“ kündigt das Erscheinen einer — „Interessensatzzeitung“ an, wahrscheinlich um dem berühmten „Tief-

gefühlt Bedürfnis“ abzuhelfen. Zu dieser süddeutschen Zangengeburt jammert der „Kraftwagenführer“ des „Bundes“:

„Bedauerlich ist es jedenfalls, daß die Verpflüchtung in kleine Verbände und „Gemeinschaften“ in unserem Beruf noch nicht aufgehört hat, trotzdem wir doch in dem deutschen Kraftwagenbund eine leistungsfähige (??) Vereinigung haben, die sich über ganz Deutschland erstreckt und die für unsere Berufsinteressen seit langen Jahren tätig ist. Unser Bund hat die Konkurrenz der verschiedenen kleinen Nebenvereinigungen nicht zu fürchten und läßt sie gewähren, aber weil er die Aufgabe hat, unsere Berufsinteressen zu vertreten, bedauert er es, daß unser Stand ein so betrübendes Bild der Verpflüchtung bietet, denn allein schon die Tatsache, daß wir nicht einzig und geschlossen dastehen, widerspricht unseren allgemeinen Berufsinteressen. Das Wort „Einigkeit macht stark“ wird von unseren Kollegen noch viel zu wenig gewürdigt.“

Wir können dem Tadel, den der „Bund“ dem neuen „Süddeutschen“ erteilt, nur zustimmen. Aber der Bund ist doch am wenigsten berechtigt, über Kräftezerpflüchter den Stab zu brechen — ist er doch selbst eine mutwillige Verpflüchtung der Kräfte. Jeder Vorwurf gegen die „Süddeutschen“ fällt auf den Bund mit doppelter Kraft zurück.

In derselben Nummer (vom 1. Januar 1914) bringt der „Kraftwagenführer“ ein Loblied auf die — zentrale Organisation. Ja, wenn wir recht lassen, soll es nicht nur ein Lob, sondern sogar eine Aufforderung zur zentralen Organisation sein, die der leitende Verein

des Bundes, Rönk a. M., erläßt. Etwas wortreich, aber im ganzen nicht ungeschickt, wird dort die Zentralisierung empfohlen und verteidigt. Jedes dritte Wort ist „Organisation“. Mit großer Unhandlichkeit sucht der Artikel die Fehler des „Kraftwagenführers“ von der Angst vor der „Organisation“ zu befreien. Er unterstellt den Mitgliedern des Bundes, daß sie eigentlich eine „zentrale Organisation“ wollen (wobin die Bundesbrüder anscheinend selbst noch nicht einmal unterrichtet waren):

„Wahrheit ist es, daß unser ehemaliges Kartell der Vorläufer der späteren Zentralisation sein sollte. Lange vorher, ehe das Kartell ins Leben gerufen werden konnte, stand bereits der „Kraftwagenführer“ im Dienste unserer Sache. In der Nummer vom 15. April 1909 finden wir den Satz: „Jeder, der von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Vereinigung überzeugt ist, muß den Grundstein zu einer Organisation der Herrschaftsklasse legen.“ In jener Zeit schon hätte man eingesehen, daß die Miß- und Unstände im Berufe durch ein lokales Zusammenhelfen sich nicht beseitigen ließen. Das Kartell, diente interimistische Zusammenhelfen, sollte nur den Beweis der Bestandigungsmöglichkeit erbringen. Der Lokalismus hatte eine Wunde erhalten. Immer mehr rief sich der zentrale Gedanke durch, die Konsequenz sollte das Kartell, an seine Stelle trat der Bund, er sollte uns die Gedanken, das Bestreben in der Nummer vom 15. April 1909 unseres Organs näher führen. Die Organisation war gegeben, man vergleiche das Protokoll des Berliner Delegiertenkongresses, aber nur stülfweise gegeben, nur dem Namen nach. Das konnte uns der Name nützen, wenn das Schicksal bestanden bliebe.“

Wir empfehlen dem „Bund“, neben die oben zitierten Worte aus dem „Kraftwagenführer“ vom 15. April 1909 jene Worte zu setzen, mit denen der „Kraftwagenführer“ im August 1913 gegen den „Fehl-Artikel der Frankfurter „Interessengemeinschaft“ polemisierte. Dort hieß es wörtlich:

„Der Gipfel der Gemeinheit hat die „Allg. Chauffeur-Zeitung“ in Frankfurt erklommen, indem sie unsern vollkommen neutralen Deutschen Kraftwagenführer-Bund als „sozialistisch“ denunziert und uns nachredet (!), daß wir nur Lastwagen- und Kraftfahrzeugführer als Mitglieder besitzen, aber keine Privatchauffeure. Mit dem Transportarbeiterverband, der uns bestig befehdt, stellt das „edle“ Blatt uns völlig gleich, nennt unsern Bund eine „Organisation“, die er gar nicht ist. Ja, wir sollen sogar für eine Minimalarbeitszeit und Minimalstundenlöhne kämpfen, was uns als Nichtorganisation vollständig fernliegen muß.“

Wenn der Reim zur „zentralen Organisation“ das „Paroli“ zu Grabe trägt, so hat sich dieser Reim zu einer wunderlichen Wille entwickelt. Um so höher schämen wir den Vorstoß des „leidenden Vereins“ — ohne ihn zu übersehen.

„In Nürnberg werden wir Kritik halten“, verspricht der Kritischreiber:

„Dort wird die Ueberfälschung an diesem Schlemm zutage treten in allen Einzelheiten, selbst in dem, was bisher die Hauptaufgabe war, das Unterstützungsweisen. Dies ist jetzt noch eine Einrichtung, die generell als einseitig und übertrieben bezeichnet werden muß, und die gerade dort versagt, wo es sich darum handelt, den Mitgliedern unter die Arme zu greifen im beruflichen Daseinskampf. Heute greift sie nur dort ein, wo Kollegen aus dem Verstecke scheiden. Ein Berg von Unterstützungsgefechten liegt beim Bundesvorstand, der nach den jetzigen statistischen Begriffen gar nicht berücksichtigt werden kann. Ein Hausen sozialen Elends, dem eine lose Verbindung, die sich zu begründen und zu beleben pflegt mit „sportlichen Auto-Heils“, nicht zu steuern und abzuwehren vermag. Hier kann nur eine Organisation Hilfe schaffen, in welcher die Kräfte aller Organisierender in einer Kampfstelle sich konzentrieren zum Wohle der Gesamtheit. Nicht nur im Interesse einzelner liegt die Zentralisation, sondern im Interesse des Berufes ... im Interesse aller Beteiligten.“

Faustbild schmiert der Kritischreiber dann den Bundesmitgliedern den Honig ins Maul, um ihnen die „zentrale Organisation“ schwachhaft zu machen. Ob es den Kölnern gelingt, die schwerfälligen Bundesgruppen in Bewegung zu setzen, scheint uns noch sehr zweifelhaft.

Unsere Kollegen möchten wir vor allzu großer Hoffnung warnen, einerseits, ob die Kölner „Erfolge“ haben oder nicht. Wie diese organisationsbegeisterter Deutschen sich eine „Organisation“ vorstellen, verraten sie mit diesen Worten:

„Wir haben hier die Organisation in Reinkultur (sie scheint recht geblüht! Red. „Courier“) gezeigt und bemerkt, daß dies allen Kollegen klar sein muß: Organisation ist an sich frei von jeglicher Parteipolitik, frei von Streikakt. Tendenz und Streikakt haben mit Organisation nichts gemein.“

Da wir wahrgenommen haben, daß die Begriffe über Organisation infolge Tendenz und Latitil Irrtümer hervorrufen, hatten wir es für angebracht zu erklären, daß die Tendenz-Frage des Bundes seit Jahren gelöst ist durch das Statut und daran weder gerüttelt noch gedeutet werden darf. Die Frage der Latitil im gewerkschaftlichen Sinne erscheint für unsern Bund undenkbar, da er diese Wege nicht gehen kann und nicht gehen will.“

Ohne Tendenz gibt es nichts! Ihr umstürzlerischen Kölner. Schon einer Vorschlag hat eine Tendenz (die auszubeden nicht schwer fallen könnte, wäre das unsere Aufgabe). Tendenzlos ist — vielleicht! — der stumpfe Fatalismus der Streik hat vielleicht keine Tendenz. Der Himmel behüte uns vor Chauffeuren, die nicht die Tendenz haben, ihr materielles und geistiges Niveau zu heben.

Daß eine „Organisation“, und sei sie je einmal „zentral“, die nicht die Tendenz hat, die Lebenslage ihrer Mitglieder zu verbessern, und die nicht den Mut hat, dieser Tendenz, wenn nötig, durch einen Streik Nachdruck zu geben — daß eine solche „zentrale Organisation“ nichts als ein gelbes Werkzeug der Herren ist, versteht jeder, der auch nur oberflächliche Kenntnis vom Freiheitskämpfer der Arbeiterklasse hat. Daß die Kölner diese Kenntnis nicht haben, beweisen sie mit ihrer schiefen Auffassung vom Wesen der Organisation. Wir müssen schon sagen: Der „Kraftwagenführer“ war im August 1913 ehrlicher, als er die „Organisation“ in Acht und Bann tat. Was bleibt nun für eine „zentrale Organisation“ über, wenn sie auf die Rechte und Pflichten einer Organisation praktisch beruht? Darüber unterrichtet weiter der Artikel:

„Mitbin kann für uns nur der sozial-politische Weg in Frage kommen, d. h. wir müssen die Gesellschaft, den Staat, die Gesetzgebung auf unsere Bedürfnisse und Wünsche aufmerksam machen. All die Mühe und Ueberflacht, die sich bei uns breit gemacht haben, sind darauf zurückzuführen, daß uns jeglicher gesellschaftlicher Schutz fehlt. Andererseits werden gewisse Verordnungen verschäbendend für

auf, denen gesteuert werden muß. Dazu kommt die Einsicht, daß die sozialpolitische Gesetzgebung hinsichtlich des Versicherungswesens für unsern Stand eine ungenügende ist.“

Sehr richtig! Köhner — aber die Tendenz? Ist das keine Tendenz?

Ich ihr armenigen Tröpfe, da list ihr im Sumpf und möchtet gerne heraus. Macht es doch wie Mümpfanten, der packt sich am Kopf und zog sich hinaus. Zieht euch bei den Ohren hinaus, liebe Bundesbrüder, lang genug sind sie ja.

Und dann seht euch auf den Hintern und lernt, lernt. Lernt die Vorbedingungen zur erfolgreichen Arbeiterbewegung kennen. Wenn ihr das erfaßt habt, werdet ihr den Weg zu uns finden: zum Deutschen Transportarbeiterverband!

Die „Arbeitsordnung“ in „Rochs Autozentrale“ in Wölsau. Eine Reparaturwerkstatt in Wölsau, die auch einige Wagen besitzt, nennt sich stolz „Rochs Autozentrale“. Diese Zentrale hat eine Arbeitsordnung ausgestellt, die sich nur mit dem „Vertrag“ messen kann, den die Firma mit ihren Opfern abschließt.

Der Chauffeur bekommt ein Gehalt von 26 M., der sich bei entsprechenden Leistungen — eventuell (!) erhöht. Als „Sicherheit“ für Wagen und „Zufassung“ hat der Chauffeur 500 M. Kaution zu stellen. Der Mann wird zwar mit 4 Proz. vergütet, aber die spekulative Firma behält sich freies Verfügungsrecht über die 500 M. vor. Auch zahlt sie die Kaution erst „innerhalb“ vier Wochen nach Aufkündigung des Dienstes zurück.

Der volle Kautionbetrag ist verwirkt, wenn Unrechtheiten irgendwelcher Art vorkommen.“

Ob der Schaden, den die Firma erleidet, 3, 10, 100 oder 500 M. beträgt — immer streicht sie die volle Kaution ein: vorausgesetzt, daß sie einen recht dummen Chauffeur findet, der es sich gefallen läßt. Der Vertrag schließt:

„Unterzeichneter erkennt unsere Arbeitsordnung ausdrücklich an und verpflichtet sich, alle Punkte auf das gewissenhafteste einzuhalten.“

Wer dies unterschreibt, hat mehr versprochen als er halten kann. Die „Arbeitsordnung“ der Wölsauer Auto-Zentrale ist der Gewissenlosigkeit höherer Boten entsprungen, sie ist ein moderner Sklavenkontrakt. Die Dienstzeit ist von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends oder umgekehrt. Die Nachtschicht muß vier Wochen hintereinander gefahren werden, was natürlich eine widersinnige Härte ist. Hinzu kommt noch, daß die „Regelung“ der Dienstzeit für die Chauffeure nur ephemeren Wert hat. Es heißt nämlich weiter:

„In besonderen Fällen kann dieselbe Dienstzeit anders einteilt werden, insbesondere hat sich Sonntagabend nach und Sonntag sowie zu Festlichkeiten, wo bei einem größeren Automobilbedarf erwarten (!) lassen, ein Chauffeur, welcher zuvor am wenigsten gefahren hat und welchen die Auto-Zentrale bestimmt, außer der Dienstzeit fahrbereit zu halten.“

In Wirklichkeit haben die Chauffeure also unbegrenzte Arbeitszeit. Wie soll der Chauffeur wissen, ob eine „Festlichkeit“, „Automobilbedarf“ hat? — Dem Chauffeur wird der Kundenschaft gegenüber Infamdiel zur Pflicht gemacht, nur die Rechte der Firma darüber nicht verletzt werden. Der Chauffeur selbst darf bei dem größten Unrecht, das ihm widerfahren, nicht münden. Streikfeiern sind sofort, ev. telefonisch, zu melden. „Entleerte Akkumulatoren sind stets sofort zum Füllen wegzubringen.“ Wie dies „sofort“ mit der Dienstpflicht vereinbart werden kann, ist natürlich Sache des Chauffeurs. „Etwasige Beschädigungen“ oder notwendige Reparaturen sind sofort zu melden und sofort zu beheben.“ (Die Reparatur soll „beheben“ werden.) Bei der Uebergabe muß stets das Werkzeug mit der Vile verpackt werden — wobei die Leute die Zeit nehmen sollen, kummert die Auto-Zentrale nicht, sie hält sich dafür für fehlendes Werkzeug an den Löhnen schadlos.

Bei Eintritt der Stellung wird dem betreffenden Chauffeur nur ein bestimmter Wagen zugeteilt, was natürlich (!) nicht ausschließt, daß derselbe gegebenenfalls auch andere Wagen fahren muß.“ Das ist durchaus kein „natürlicher“, sondern ein sehr unnatürlicher Zustand. Der Chauffeur lernt seinen Wagen kennen (vielleicht!), wie soll er bei einem anderen Wagen, den er noch nie in Händen hatte, bei dem Moment der Uebergabe Beschädigungen entdecken können? Wie sie das machen wollen, sagt die Auto-Zentrale, mögen die Chauffeure selbst ausfinden; wir halten uns den Mäulen frei durch folgende Bestimmung: „Für Schäden, welche fahrtschadensweise vom Chauffeur verschuldet wurden, hat derselbe aufzukommen.“ Da die Auto-Zentrale entscheidet, was sie unter „fahrtschadensweise“ versteht, so find die Chauffeure in der glücklichen Lage, die alten Kraxen der Firma von ihren Schwerverdienenden 26 M. reparieren zu lassen.

Wenn der Nachfahrer vom Dienst kommt, hat er Ruhe? Im Gegenteil, dann muß er seinen Wagen waschen (!), putzen und alle Arbeiten verrichten, bis der Wagen wieder fahrbereit ist. Das ist eine direkte und natürliche Ausbeutung der Arbeitskraft. Auch in der Zeit, in der nicht gefahren wird, dürfen die Chauffeure nicht ruhen. Sie müssen in Werkstatt und Garage alle möglichen Arbeiten verrichten. Nur keine Ruhe für die Chauffeure, ist die Lösung der Auto-Zentrale. Für so dumm halten wir die Herren, die das Kommando haben, nicht, daß sie nicht wüßten, wie sehr ein Chauffeur der Erholung und Ruhe bedarf, soll er allen gefährlichen Wechseln seines Berufes gewachsen sein. — Über der Profit!

„Arbeitsordnung“ und „Vertrag“ bestimmen nichts über die Art und Weise, wie der Chauffeur während der zwölftägigen Dienstzeit seine Bedürfnisse befriedi-

gen soll. In der Arbeitsordnung heißt es nur: „Die Chauffeure haben beim Halten von Wirtschaften stets am Wagen zu bleiben.“ Aber der Hunger und Durst der Chauffeure? — Dagegen haben wir ein gutes Ablenkungsmittel, grinst die Auto-Zentrale, deshalb heißt es in Fortsetzung der „Arbeitsbestimmung“: „Nahrung ist stets mitzuführen, damit der Wagen auch bei Wartezeiten immer nachgeputzt werden kann.“

Diese ständige Mahnung zum Putzen läßt vermuten, daß die Wagen nicht von heute sind. Wenn sich eine alte Jungfer eifrig putzt, läuft sie unter Umständen auch noch für neu durch. Der letzte Paragraph lautet: „Chauffeure, welche gegen vorfindende Arbeitsordnung verstoßen, können im Wiederholungsfall sofort ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen werden.“

Was dann zu den glücklichsten Augenblicken im Leben eines Chauffeurs zählen dürfte!



Frankfurt a. M. Unternehmer-Weihnachtsgeschenk. Es sind erst einige Wochen her, da widerfuhr der Kollegenschaft der Metallfirma Hammer, Perot u. Co. großes Heil: sie bekamen einen Tag mehr Lohn ausbezahlt als sie verdient hatten, und nicht etwa irrtümlich, nein, mit voller Absicht! Das kam daher, weil der Chef Hammerberger zum Kommerzienrat „befördert“ worden war. Alles strich schmunzelnd den Meisterberg ein und lobte, wenn auch nicht öffentlich, so doch im stillen das wirklich fürsoflich „gute Herz“ des Herrn Chefs. Jetzt, nach einigen Wochen, läßt der Herr Chef die Toga der Arbeiterfreundlichkeit fallen. Vor kurzem wurde nämlich durch Ansicht betanunggeben, daß vom 2. Januar ab eine Verkürzung der Arbeitszeit von täglich zwei Stunden eintritt. Früher begann dieselbe morgens 7 Uhr und endete abends 5 1/2 Uhr. Vom 2. Januar ab soll nur noch von 8 bis 4 1/2 Uhr nachmittags geschäft werden, das macht für die Kollegen eine wöchentliche Lohnneinbuße von 11 Stunden aus! Doch nicht genug damit. Von jetzt ab sollen zwei weitere Tage stehen bleiben, damit die Kontoristen die „hohen“ Wochenlöhne besser zusammenrechnen können. Also nicht nur, daß man nach den vielen unfreiwilligen Feiertagen eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 11 Stunden und infolgedessen eine enorme Lohnneinbuße eintrifft, noch dazu die Einbeziehung zweier Arbeitslose! Das ist wirklich mehr wie Unternehmerdreistigkeit! Jetzt endlich geht den Kollegen ein Licht auf, daß das „Geschenk“ von einem Tagelohn aus Anlaß des Kommerzienrattitels ein wahres Dannergeld war. Es ist tief bedauerlich, daß es erst solcher Mittel bedarf, die Arbeiterschaft auszurütteln. Vornehmlich bei den Badern. Sie müssen in drei Jahren doch zur Genuge eingesehen haben, welche Wohlthaten ihnen mit dem Stundenlohn vor drei Jahren beschert worden sind. Alle Wäulen der Organisationsleitung, den Kollegen den Wert der Organisation darzulegen, waren vergebens. Nun kommt uns der Herr Kommerzienrat zu Hilfe.

Eine gemeinschaftlich mit dem Metallarbeiterverband abgehaltene Betriebsversammlung, die außerordentlich stark besucht war, beauftragte eine Kommission, vorstellig zu werden und um Zurücknahme resp. Milderung der angefügten Maßnahmen zu ersuchen. Das Resultat dieser Bemühungen wurde in einer ebenso gut besuchten zweiten Versammlung mitgeteilt. Nach den Darlegungen des Betriebsleiters hat man die Einbeziehung der zwei Tage aus buchtechnischen Gründen erklärt. Die Arbeitszeitverkürzung könne nicht zurückgenommen werden. Als dann durch Kommissionmitglieder nachgewiesen wurde, daß in den einzelnen Abteilungen von Arbeitsmangel keine Rede sein könne, erklärte man kategorisch: Es geht einfach nicht, es bleibt so, wie es betanunggeben wurde. Zum Schluß wünschte man der Kommission ein „frohes Weihnachtsfest“. Also zum Lohn noch den Spott! Kollegen Bader und Lagerarbeiter! So behandelt man eine langjährig tätige, jederzeit im Interesse des Unternehmens wirkende Arbeiterschaft! Wie ist das zu erklären? Ganz einfach damit, daß die Firma sehr genau unterrichtet ist von der Stärke der Organisation innerhalb des Betriebes. Der Unternehmer von heute kann nur durch die Macht der Geschlossenheit, durch die Organisation gezwungen werden, den Arbeitern die Achtung entgegenzubringen, die sie als Verkäufer ihrer wertvollen Ware Arbeitskraft beanspruchen können. Wäre die Arbeiterschaft gut organisiert, hätte sich der Unternehmer gewiß nicht erlaubt, ohne vorherige Fühlungnahme mit der Arbeiterschaft resp. dem durch diesen gewählten Arbeiterausschuß, dessen Fehlen sich bei dieser Gelegenheit als der größte Mangel gezeigt hat, diese Maßnahmen anzuordnen. Die Organisation ist bei den Lagerarbeitern und Badern um so mehr ein dringendes Bedürfnis, weil sich gerade bei diesen Gruppen Elemente bemerkbar machen, die es verdienen, von der Gesamtheit der Kollegenschaft betrachtet zu werden. Wir haben hier vor allen Dingen Herrn Förr im Auge, derselbe junge Mann, der vor einigen Jahren selbst als Mitglied des Verbandes gegen Unternehmerwillkür kämpfte, allerdings nur — mit dem Malle. Nun, nachdem er sich in der gehobenen Stellung eines wohlbestallten Vorarbeiters befindet, scheint er sich durch ein Antreibesystem der schlimmsten Art und durch Bestachelung der Kollegen immer mehr bei der Geschäftsleitung beliebt machen zu wollen. Es müßte ja gerade mit dem Teufel zugehen, sollte es

nicht möglich sein, diesem schollen Treiben des Herrn Dörr und Konforten Einhalt zu tun. Der verständige Arbeiter ist in seinem eigenen Interesse verpflichtet, mit seiner Arbeitskraft, seinem einzigen kostbaren Vermögen, hauszuhalten. Das Hasen und Jagen muß

aufhören. Ein Mensch ist kein Tier und keine Maschine. Vor allen Dingen ist das erste Erfordernis, die Gesamtkollegenschaft zu einigen durch die Berufsorganisation, den Deutschen Transportarbeiterverband. Gewiß, dies, dann werden zu gegebener Zeit die jetzt

erhaltenen Schlappen wieder durch energische Vorstöße im Interesse der Kollegen ausgetauscht werden können. Darum nochmals: Nicht geizig, in brüderlicher Eintracht fest zusammengeschlossen in der Berufsorganisation, im Deutschen Transportarbeiterverband!



Hasenarbeiter



Der „Hasenarbeiter“ in Bremen. Seit etwa 1 1/2 Jahren ist man eifrig bemüht, die Hasenarbeiter Bremens mit der „geistigen Kost“ des Reichsverbandes und dem gelben „Bund“, Organ für Unternehmerinteressen, zu bearbeiten.

Keine Mühe hat man gescheut, kein Mittel hat man unversucht gelassen, die Unternehmer haben sich vor den Karren der Gelben gespannt und den Gelben die Adressen ihrer Arbeiter vermittelt, um die Hasenarbeiter für den gelben „Bund“ einzufangen.

Aber wie immer: Unbunt ist der Welt Lohn. Auch die undankbaren Hasenarbeiter hatten kein Verständnis für das Wohlwollen und die sorgen- und mühevollen Arbeit der Unternehmer und ihrer Goldschreiber. Nur ein mißdeutiges Lächeln hatten sie übrig bei dem Anblick der vergilbten Broschüren, der Lagerartikel und der abgedruckten Ladenblätter des Reichsverbandes. Nachdem die bekannten Schauermärken und Fingergeschichten des „Reichswahrheits-Verbandes“ über den Terror der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften ihre „heilvolle Wirkung“ auf die (irregelen) und bis ins Mark verheuten, wie der gelbe „Hasenarbeiter“ sich ausdrückt) Hasenarbeiter verheult haben, versucht man sich jetzt unter einer anderen Flagge einzuschmuggeln und bei den Hasenarbeitern Gimpel zu fangen. Der „Hasenarbeiter“ nennt sich das neue Organ, welches vorgibt, die Interessen der Hasenarbeiter in Zukunft vertreten zu wollen. Das Unternehmerrblatt nimmt den Mund recht voll, wie man es bei Leuten, die an die „Wunderkraft“ ihrer Mitteilungen selbst nicht glauben, nicht anders gewohnt ist. Der mit Unternehmery-Silberlingen gewapnete „Siegesdrill“ will, wie er verspricht, in erster Linie den (seinen Auftraggebern so sehr verhassten) Transportarbeiter-Verband zur Strecke bringen.

Wie sagten doch schon die Erzväter Israels? Niemand kann zweien Herren dienen. Ja ja, Mar Neumann, auch die Hasenarbeiter wissen längst: Wer im Dienste der Unternehmung steht und aus ihrer Krippe frisst, kann nicht auch zu gleicher Zeit die Interessen der Arbeiter vertreten. Der kleine Gernegroß will nun gar nicht nur die Interessen der Unternehmer und Hasenarbeiter an der Elbe, sondern auch die Interessen der Hasenarbeiter und Unternehmer an der Weser zu gleicher Zeit vertreten. Der arme Schächer hätte ein Menschenalter früher aufstehen müssen. Jetzt, nachdem es den Hasenarbeitern nach langem, erbittertem Ringen mit den Unternehmern gelungen ist, sich durch unermüdete Agitation eine Organisation zu schaffen, die auch mitzureden in der Lage ist, wenn es gilt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hasenarbeiter festzulegen, jetzt erinnert sich der Schildknappe der Unternehmer der „bis ins Mark verheuten Hasenarbeiter“.

Der neue Sendbote, der den Bremer Hasenarbeitern einen „Rückhalt im Kampf gegen jeden Druck“ verspricht, „einerlei, von welcher Seite er auch kommt“, wird sich aber wohl herzlich wenig um die Einhaltung seiner Versprechungen kümmern, wenn der Druck von den Unternehmern kommt (und welchen anderen Druck hatten die Arbeiter wohl zu fürchten?) Nicht umsonst bezieht Neumann seine „geistige“ Anregung vom Reichsverband.

Ein Blick auf die erste Seite des gelben Blattes genügt, um zu wissen, woher der Wind kommt. Das Blatt rühmt sich dort, daß es ihm gelungen sei, innerhalb sieben Monaten eine Auflage von 5000 Stück im Hamburger Hafen abzugeben. (In den Koffern des Hamburger Hafens haben noch viel mehr als die „5000“ Platz (Red. d. „Courier“). Ferner soll es als besondere Ausgabe, unter dem Titel: „Der Hasenarbeiter, Organ für die Interessen der Hasenarbeiter an der Unterweser“, bereits in einer Auflage von mehreren Tausend erschienen. Wenn wir auch nicht viel von dem ganzen Geschreibsel des Blattes glauben, das wird wohl stimmen. So voll aber das Unternehmerrblatt sonst den Mund nimmt, so bescheiden ist es hier. Wir hätten nämlich erwartet, daß die Unternehmer sich erkenntlicher gezeigt und den Gelben mindestens eine Auflage von 10 bis 20 000 zugesichert hätten. Das Vertrauen zu dem neuen Unternehmen des Herrn Neumann scheint jedoch nicht allzuweit her zu sein. Wer nämlich die Abonnenten oder besser gesagt die Abnehmer des „Hasenarbeiters“ sind, verrät er nicht. Die Reedereien und Unternehmer in den Hafenbetrieben an der Unterweser sind es, welche ihm in Erwartung der „guten Leistungen“, die sie von ihm erhoffen, die „mehrere Tausend“ Stück abnehmen. Ein ganzer Stab von Mitarbeitern und Kolporteurs ist dem Orkan der Gelben bereits von den Unternehmern zur Verfügung gestellt. Bei der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“ ist es der Inspektor Meier, ein „Wirtschaftsfriedlicher“, der den Arbeitern der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft vom Streik im Jahre 1896 noch in freundschaftlicher Erinnerung ist. Bei der „Neptun“-Gesellschaft übernimmt der Inspektor Wagenbreit die Kolportage. Diese Leute sind es, welche die gelbe Plume, genannt

„Hasenarbeiter“, den Vorarbeitern ausshändigen, und diese werden dann angewiesen, das Blatt unter den Arbeitern zu verteilen. In den Expeditionsbetrieben sind es die Rümpfermeister, die von ihren Firmen als Kolporteurs für den „Hasenarbeiter“ bestellt sind. Außerdem erhalten eine Anzahl Hasenarbeiter, unter anderen die im festen Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter der „Argo“, die Kohlenarbeiter der „Argo“, verschiedene Vorarbeiter der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft usw. den Hasenarbeiter per Post zugestellt. Ob die Kosten hierfür die Unternehmer auch übernehmen haben, oder ob diese von der Zentralkasse zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften getragen werden, ist uns nicht bekannt. Wie man sieht, hat Mar Neumann recht, wenn er von einer Auflage von mehreren tausend

6 Millionen Liter Trintbranntwein weniger

Die Schnapsbrenner und ihre Organisation, die Spirituszentrale, veröffentlichten jetzt ihren Bericht für das Geschäftsjahr 1912/13. Mit Vergnügen stellen die Herren fest, daß die Alkoholproduktion von 345 Millionen auf 375 Millionen Liter gestiegen ist. Auch der Verbrauch hat sich im Gesamtumfang des Vorjahres ungefähr gehalten; der Brennspiritusabsatz sei sogar um etwa 5 Millionen Liter höher, dafür aber sei der Trintbedarf um etwa 6 Millionen Liter zurückgegangen. Dies entspricht einem Mehrbrennen des Schnapsrückganges, da jeder Liter Schnaps nur einen gewissen Prozentsatz von Alkohol aufweist. Besonders charakteristisch in dem Bereiche der Spirituszentrale ist aber die Bemerkung, daß die Destillateure, also die eigentlichen Schnapsfabrikanten, fortgesetzt den Brennspiritusgehalt ihrer Erzeugnisse verringert haben. Auf diese, öffentlich wenig Geruch machende Art, haben sich die Schnapsbrenner nach der veränderten Gesetzgebung und gegenüber den unerschämten Preisen der Spiritusbrenner schadlos gehalten. Trauernd deutete die Spirituszentrale deswegen an, daß die Verschlechterung des Brennspiritusgehaltes der Schnapsbrenner auch vielfach zur völligen Wende vom Brennspiritusgehalt geführt habe.

Natürlich klagt die Spirituszentrale über das schlechte Geschäft; sie weist darauf hin, daß sie mit den Verkaufspreisen fortgesetzt herabgegangen sei und daß die Konkurrenz wegen der Exportprämien, die die Konkurrenzländer an ihre Spiritusbrenner zahlen, völlig dabeiberlege. Darin liege die ungeheure Gefahr, daß der deutsche Schnaps dem Weltmarkt entfremdet werde. Ein Lichtblick für das neue Geschäftsjahr sei die großartige Kartoffelernte, die bei der unzureichenden Fälligkeit der Kartoffeln sicher zu einer besonders kräftigen Brennweinerzeugung führen werde. Betrachtet man diese Redensarten erst z. B. an der Entwicklung des Verwertungspreises, den die Spirituszentrale fixiert, dann ergibt sich das folgende Bild:

Der Verwertungspreis pro Hektoliter betragt:	
1909/10	43,03 Mk.
1910/11	44,91 „
1911/12	52,22 „
1912/13	54,01 „

Diese matten Zahlen zeigen uns in der Steigerung des Verwertungspreises um 11 Mk. — nur 25 Proz. — innerhalb vier Jahren, daß die Schnapsbrenner bei aller veränderter Gesetzgebung ganz gut gefahren sind. Tatsächlich ist auch das einzige, was sie aus der Kasse bringen kann, der Rückgang des Schnapskonsums, und dazu kann nicht nur, sondern soll und muß jeder vernünftige Mensch und zuerst jeder Proletarier beitragen.

Schuld redet. Köstlich ist es aber, mit anzusehen, wie Inspektoren, Rümpfermeister und sonstige Vertreter der Unternehmer sich als Kolporteurs des „Hasenarbeiters“ im Schwärze ihres Angeichts abmühen, die „mehrere tausend Stück“ unter den Hasenarbeitern recht unauffällig zu verteilen. Man kann's denen nachhaken, die sich schämen. Selbst mögen die Inspektoren usw. den Arbeitern die anständigen „Dinger“ nicht übergeben, sie beglücken dann die Vorarbeiter damit. Hier gibt es dann mitunter ein kleines Wortgefecht, denn auch diese weigern sich, die Fußrolle zu übernehmen. Und wie diese ihre Sache erleben, soll uns wenig kümmern.

Auch die Hasenarbeiter finden letzten Endes noch eine Verwendung dafür, denn Papier ist immerhin für allerlei Zwecke verwendbar.

Die Goldschreiber fassen von Unfreiheit, Ungleichheit, Unbrüderlichkeit usw. Wir empfehlen ihnen aber, einige Betrachtungen über die Rolle, die das Unternehmertum ihnen durch ihre Tätigkeit am „Hasenarbeiter“ zugebilligt hat, anzustellen. Die gewerkschaftlichen Vermittler von Streikbrechern sind, an ihrer

Tätigkeit gemessen, die wahren Musterknaben. Diese leugnen wenigstens nicht, was sie sind, während jene, ebenfalls im Dienste des Unternehmertums stehenden Schreibselben, den Arbeitern vorgeben, sie wären in der Lage und auch gewillt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Dann kommt noch ein recht lösslicher Gedanke, er lautet: Frei von Klassenhaß erwarten wir vom Arbeitgeber und seinen Beamten Achtung vor unseren Bestrebungen. Wer lacht das uns will scheinen, daß man von den Unternehmern und ihren Beamten wahrhaftig mehr Achtung verlangen kann. Wenn sich die Unternehmer als Mitarbeiter anbieten und ihre Beamten als Kolporteurs für den „Hasenarbeiter“ zur Verfügung stellen, daß diese Anerkennung doch wohl genügen mußte.

In einem von Professor Dr. Alfred Weber am 26. April 1913 in Berlin gehaltenen Vortrage sagte dieser über die gelben Gewerkschaften unter anderem folgendes: „Aus der Geheimgeschichte ergibt sich dann weiter, daß die Unternehmer nicht bloß die Kosten für die Unterfützungszwecke, für die charitativen Zwecke dieser Verbände tragen, sondern daß sie auch zu den Kosten für die übrigen Zwecke, z. B. den Arbeitsnachweis, herangezogen werden und daß sie auch die Kosten für die Unterhaltung der Organe tragen müssen. Kurz, es ergibt sich aus dieser Geheimgeschichte und aus den öffentlich bekannten publizierten Tatsachen, daß diese Verbände von den Unternehmern gegründet und in einer dauernden und festen Abhängigkeit von den Unternehmern erhaltene Organisationen darstellen.“ Und ferner: „Sie sind in Wirklichkeit die Organisationen von Arbeitswilligen in den Arbeitskämpfen zwischen Kapital und Arbeit.“ Diese Kennzeichnung der Gelben durch Weber und andere bürgerliche Gelehrte haben sich alle Unternehmer, die noch etwas auf Reinsicht haben und ihre Arbeiter noch als Menschen betrachten und deren Organisationen als gleichberechtigt anerkennen, zu eigen gemacht und deshalb jede Gemeinschaft mit den gelben Organisationen abgelehnt.

Ferner will der „Hasenarbeiter“ der „Betätigung des Deutschen Transportarbeiterverbandes an der Unterweser seine besondere Aufmerksamkeit schenken.“ In Anbetracht der Mitarbeiterschaft der Unternehmer wird ihm dieses wohl nicht schwer fallen. Sodann leistet sich der Reichsverband noch allerlei Entstellungen über den Terrorismus der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften. Hier handelt er wieder nach der bewährten Methode des Spitzbuben, der da schreit: „Halset den Dieb“. Man will hierdurch die Deffektivität von dem Terrorismus, den das Unternehmertum tagtäglich gegen seine Klassenossen und gegen die Arbeiter betreibt, ablenken. Ist es doch allbekannt, mit welcher brutalen Mitteln die Unternehmervverbände den Organisationszwang bei ihren Klassenossen anwenden. Da sind Materialsperrern und andere Hilfsmittel, die den davon Betroffenen vor die Wahl stellen: Entweder hinein in die Organisation oder er wird geschäftlich ruiniert. Wie würde das brennische Reederium wohl mit den Skauereitern unternehmen umspringen, wenn diese sich etwa weigern sollten, der Unternehmerrorganisation beizutreten? Man würde ihnen einfach die Verträge kündigen und ihre Unternehmerrlichkeit hätte dann ein Ende. Wenn aber dem Arbeiter zugemutet wird, daß er mit einem Arbeiter, der zum Verräter an seinen Klassenossen geworden ist, zusammenarbeiten soll, und er von Abscheu erfüllt, um seine eigene Entlassung einkommt, dann lamentiert man über die Gewalttate und den Terrorismus der Arbeiter und schreit nach Ausnahmegeetzen. Wie aber das Unternehmertum im Gefühl seiner Macht und unter Bezugung auf sein „gesetzmäßiges Recht der Arbeiterentlassung“ diejenigen Arbeiter zu schürzeln versteht, welche auf Grund ihrer Vertrauensmännerstellung, die sie in ihrem Verband innehaben, ihr Recht oder das ihrer Arbeitskollegen verletzen, das haben unsere Kollegen zu wiederholten Malen, insbesondere bei den Bremer Holzfirmen erfahren.

Auf die übrigen, wohl vom Reichsverband gelieferten und noch mit gelber Logit verbrannten Ausführungen des Verantwortlichen von Unternehmerranaden näher einzugehen, kann man uns nicht zumuten. Die Importierung der Gelben durch die Bremer Unternehmer beweist aber den Hasenarbeitern, wohin der Kurs geht. Für sie heißt es: auf der Suche! Dem Liebesdienerei und Spießbücherei werden, wenn es den Gelben gelingt, in den Hafenbetrieben festen Fuß zu fassen, mit ihnen zugleich ihren Einzug halten; das Spitzel- und Denunziantentum wird sich breit machen und seine Organe festern.

Hasenarbeiter Bremens, zeigt diesen Drahtziehern des Unternehmertums, daß ihr noch die Alten selbst, beweist ihnen, daß ihr noch zu kämpfen versteht.

Der Zentrums-Transportarbeiterverband als Unternehmerrückgruppe. Wenn Unternehmerlaine und unsere Gütmittigkeit es gestatten, dann dürfen die sogenannten Christen ab und zu auch einen Tarif mit unterschreiben. In der schwarzen Presse gibt es dann jedesmal ein Geklag, wie wenn für die Christen die soziale Frage gelöst wäre. Um so verwunderlicher war es, daß die „Gewerkschaftsstimme“ es so ganz und gar verschmähte, den Tarif zu veröffentlichen, den die Schiffenburger Streikbrecher für die 700 Streikbrecher in Emden abgehandelt hatten. Die Streikbrechergewerkschaft begnügte sich in seltsamer Bescheidenheit mit der Registrierung dieses „glänzenden Erfolges“, und als wir die „Gewerkschaftsstimme“ aufordneten, den „Tarif“ zu veröffentlichen, da wand das schwarze Képil sich, wie wenn es Studien im Paradies gemacht hätte — bei seiner Mühe, der verblühten Schlange. Das einzige Lob, das die Streikbrecher sich selbst ausstellten, war die Behauptung, daß der Tarif die Lage der Hafenarbeiter für die nächsten Jahre vorteilhaft verbessere und verschiedene Gärten, die dem alten Tarif (angeblich) anhafteten, beseitige. Mit dem Abschluß des Tarifs (nachher und sagten die Zentrumschristen) sei auch die Verleumdung des „Couriers“ widerlegt, daß der „Christen“verband eine Unternehmerrückgruppe sei.

Zwischen uns und, trotz aller „Sicherheitsmaßnahmen“, doch einige anständige und ehrliche Hafenarbeiter, wieder im Hafen tätig, die jetzt die „Schönheiten“ des Streikbrechertarifs an eigenen Leiden spüren. Welche Errungenschaften verbanden nun die Hafenarbeiter dieser Spätpogur von Dred und Feuer, das die Christenbrüder „Tarif“ nennen? Vor allem eine Erhöhung des Stundenlohnes. Der Stundenlohn wird am 1. Juli 1914 um 2 Pf. und am gleichen Datum des nächsten Jahres um 1 Pf. erhöht. Bis zum 31. Dezember 1917 tritt dann keine Erhöhung ein. In vier Jahren wird der Stundenlohn um 3 Pf. erhöht! Immerhin 3 Pf. — aber wie heißt es doch bei Fritz Reuter: Ist Wohlstand mit Plumen nicht ein feines Gericht? Ja, Herr, aber man trägt es man nicht. — Im Emdener Hafen ist fast alles Affordarbeit. Die Affordrechnung von 3 Pf. steht also nur auf dem Papier.

Natürlich „errang“ der Streikbrechertarif auch einige „Vorteile“ bei den Affordpositionen. Das Trimen von Kohlen unter dem Rippert wird um 1 Pf. pro Tonne besser bezahlt — allein in Emden werden keine Kohlen mit dem Rippert verladen. Das Verladen von Kohlen bei der Gasanstalt wird sogar um 10 Pf. pro Tonne aufgebessert; aber diese Arbeit ist so selten, daß diese Erhöhung als Verhöhung der Arbeiter gebucht werden darf. Im alten Tarif hieß es unter Eisenwerk: Schwedische und Manganeisen 38 Pf. Der Streikbrechertarif ist etwas ausführlicher. Da steht unter Eisenwerk: Schwedische, norwegische, Babsan, griechische, französische, Elg und Brillersee 38 Pf. — Ware nur, wie es auf den ersten Blick ausseht, alles beim alten geblieben, das schon wäre ein eigenartiger Erfolg. Allein die letzten vier Erzförten sind während der Gültigkeitsdauer des letzten Tarifs neu eingeführt und können für 38 Pf. unmöglich bearbeitet werden. Nicht bei einem einzigen Dampfer wird Stundenlohn erreicht. Unsere Kollegen hatten deshalb für die neuen Erze Aufschläge verlangt; für Brillersee z. B. wurden 60 Pf. pro Tonne gefordert. Für eben, der nicht an Arbeiterverrat interessiert ist, ist ihm wohl klar, warum die Unternehmer die Hafenarbeiter so brutal provozieren, warum sie mit den „Christen“ einen „Tarif“ abschlossen.

Um zu erkennen, welchen Schaden die Arbeiter durch den neuen Tarif erleiden, muß man wissen, daß der Affordtarif für Erz bereits seit sechs Jahren auf 38 Pf. steht. Die Christen haben ihn noch auf vier weitere Jahre festgelegt. Man braucht nur an die Steigerung der Preise für Lebensmittel und alle Gebrauchsgegenstände zu denken, an die Erhöhung der Wohnungsmietpreise, die in Emden 300 Mark betragen — die Stadt erhöhte die Mietpreise für die von ihr erbauten Arbeiterwohnungen um 1,20 Mark pro Woche — um zu verstehen, warum wir die aus Emden an uns gelangten Briefe nicht wörtlich abdrucken: wir wollen wieder dem Staatsanwalt, noch dem Schiffenburger Streikbrecherverein den billigen Triumph gönnen, uns vor den Richter zu schleppen.

Um zu entscheiden, ob wir den Zentrums-Transportarbeiterverband zu recht oder unrecht eine Unternehmerrückgruppe nennen, genügt der Hinweis, daß für Emden der Erz der Haupterzeugnis ist. Könnte der Emdener Hafenbetriebsverein sich eine bessere Schutztruppe wünschen, als diesen angeblichen Verband christlicher Transportarbeiter? Hat der Streikbrecherverband wirklich ein Recht, auf die höchst mythischen Erfolge seines Tarifs stolz zu sein?

Auch bei der Bunkerarbeit sind die Streikbrecher den Unternehmern in echt christlicher Liebe entgegengekommen. Sie haben sich mit einem recht niedrigen Affordtarif zufrieden gegeben. Das Schlimmste ist aber der neu eingefügte Passus: Jemand, welcher Aufschläge zu vorbestimmten Sätzen werden nicht gezahlt. Den Unternehmern kann man es nicht verdenken, daß sie weiteren Forderungen vorbeugen: sie (und auch die Arbeiter) wissen aus Erfahrung, daß bei den geltenden Sätzen bei manchen Bunkern für die Arbeiter kein Stundenlohn herauskommt. — Noch ein „christlicher Erfolg“. — Auch beim Getreideverladen auf Waggons haben die Christen eine Verschlechterung herausgeholt. Während sonst 5 M. Affordlohn verdient sein mußte, sind die Unternehmer nun von jeder Entschädigung befreit, wenn 52 Pf. pro Stunde verdient sind.

Aber die Gärten, die Gärten unseres Tarifs haben die Christenstreikbrecher doch beseitigt? Wir wollen sehen. Von zehn Schiedsgerichtsurteilen waren neun mit Streikgeboten über Waggelgeld beschlagnahmt. Und immer wieder wurde uns gesagt: so dürfte

es nicht weitergehen, das Waggelgeld sei eine Härte, die beseitigt werden müsse.

Die Hessberg-Christen haben es erreicht: Diese Härte ist beseitigt. Oder um ganz korrekt zu sein: Die Unternehmer haben diese Härte von sich auf die Arbeiter gewälzt — und die Christen haben wieder geholfen. Während sonst die Hafenarbeiter Waggelgeld bekamen — sie bekamen es, wenn es auch für die Unternehmer meistens eine Jangengeburt war —, steht im „Christen-Tarif“ wörtlich:

„Wegen verspäteter Ankunft der Dampfer oder der Ladung werden keine Wartelöhne gezahlt, jedoch steht es in diesem Falle den Arbeitern frei, sich anderweitig Arbeit zu suchen.“

Die Arbeitszeit beginnt mit der Ankunft der Dampfer oder Ladung.

Werden bei irgend welchen Lösch- oder Ladearbeiten die Arbeiter wegen Fehlen an Ladung oder Räumen auf längere Zeit eingestellt, so steht beiden Parteien das Recht zu, das Arbeitsverhältnis unter Auszahlung des verdienten Affordlohnes zu lösen.

Wer die Affordarbeit ohne zwingende Gründe verläßt, bevor dieselbe fertiggestellt ist, hat keinen Anspruch auf den bereits verdienten Lohn.“

Die „beseitigte Härte“ haben die Hessbergchristen sich aus den Fingern gezogen. Da in ihrem Tarif steht: „Den Arbeitern steht es frei, sich anderweitig Arbeit zu suchen“, sei der Arbeiter nicht gebunden auf die Arbeit, zu der er angenommen ist, zu warten. Aber es ist eine christliche Lüge, wenn die Streikbrecherchristen behaupten, früher sei es anders gewesen. Auch unter dem alten Tarifverhältnis stand es den Arbeitern frei, zu warten oder andere Arbeit anzunehmen. Der Unterschied zwischen einst und jetzt ist nur, daß der Arbeiter sonst auf dem Sammelplatz auch andere Arbeit finden konnte. Heute ist das aber ausgeschlossen. Wenn der Hafenarbeiter heute zu einer Arbeit angenommen ist, wird ihm die Arbeitskarte abgenommen; ohne sie bekommt er keine andere Arbeit. Es heißt den Christen doch wohl mehr — Raubritter zumuten als sie haben, wollte man ihnen den guten Glauben unterstellen, daß der Arbeitervermittler Blante wirklich die Karte wieder herausgibt. Daß dies nicht geschieht, dafür sorgen schon die Unternehmer. Sie brauchen ja die Wartezeit nicht mehr zu bezahlen, warum sollten sie sich also der Gefahr aussetzen, im entscheidenden Moment keine Arbeiter zu haben? Welche weiteren Folgen die „Beseitigung dieser Härte“ für die Hafenarbeiter hat, geht aus einem Brief hervor, den ein Hafenarbeiter uns schickte. Mit bitteren Worten wird darauf verwiesen, daß der „Christen-Tarif“ den Hafenarbeitern die Zustände wiederbringt, die vor „einem Dutzend Jahre“ in Emden als schwere Mißstände empfunden wurden.

„Der Arbeiter muß auch nach draußen und dort muß er warten, ob er will oder nicht. Fahrgehalt und Proviant, nichts bekommen wir vergütet. ... Aber schon bei der täglichen Arbeit kommt es nicht selten vor, daß wir auf Röhne oder Waggons warten müssen. Sonst bekamen wir diese Wartezeit bezahlt, wenn auch nicht immer gutwillig. Heute streichen die Herren das Waggelgeld ein und verlassen dürfen wir die Arbeit natürlich auch nicht, weil wir dann umsonst gearbeitet haben. Denn was „längere Zeit“ bedeutet, entscheidet die Herren, ebenso was unter „zwingende Gründe“ zu verstehen ist.“

Nach dieser ganzen Auseinandersetzung mit dem Christen-Tarif erübrigt es sich, noch lang und breit auf die Entstehungsgeschichte dieses Schindeldokuments einzugehen. Wie nur zu deutlich und für die Emdener Hafenarbeiter nur zu schmerzhaft aus dem Christen-Tarif hervorgeht, wurden nur solche Leute zur „Verhandlung“ mit den Unternehmern „gewählt“, die von der Hafenarbeit und ihrer Bedeutung nicht mehr wußten wie von ihrem Christengott. Sie sind sogar päpstlicher als ihr Oberhaupt ultra montes, der Papst. Der verbietet seinen Christen nur den Streik, und wenn er auch den anderen Christen einen Zuspruch versetzt, so gebietet er doch nicht den Streikbruch und die Vermittlung von Streikbrechern — was zu beachten ist, Schiffenburger!

Als die „Christen“ ihren Tarif abgeschlossen hatten, ließen sie ein Flugblatt drucken, das in allen Ecken den Hessbergverband lobte und die errungenen Verbesserungen über den Schellenbaum pries. Das Flugblatt gelangte zwar vom Drucker zum Christenbureau, aber hier wurde es in irgend eine Ecke geworfen, wo es ablagert. Jedenfalls hielten die Unternehmer es für ratsamer, den Inhalt des Tarifs nicht zu verraten, und nur deshalb durften die „Gewerkschaftsstimme“ wohl einiges über (nicht vorhandene) Errungenschaften sagen, aber nichts Positives veröffentlichen. Die Veröffentlichung des Tarifs hätte den Widerstand aller ehrlichen Hafenarbeiter nur verschärfen können.

„Der Frieden ist gut“, sagte vor dem Streik Pastor Cramer auf einer Konferenz, an der die Emdener Hafenbetriebsunternehmer und die Christen teilnahmen. — „Der Frieden ist gut, aber mit diesem Frieden kommen wir nicht weiter.“ Derselbe Pastor Cramer predigte vor wenigen Tagen: „Friede auf Erden!“ Christen sind das, was geschichte schrieben; andere Menschen, wirkliche Menschen sind solcher schleimigen Heuchelei nicht fähig.

Und deshalb sagen wir Hafenarbeiter: Kein Friede, sondern Kampf der Lüge, sei sie gescheitelt oder gekoren.

Unsere Emdener Kollegen haben schwere Weisungen gehabt. Kollegen, vergeßt es denen nicht, die die Schuld daran tragen, vergrößert nicht den Maulchristen, dem christlichen Transportarbeiterverband und den Emdener

Hafenbetriebsunternehmern. — Im Kampf, Hafenarbeiter, sollst du dein Recht finden! Ein Pfui dem feilen und feigen Verräter, gesinn!

Hinein in den Deutschen Transportarbeiterverband!

Der weiße Schreden in Emden. Eine langweilige Gerichtsverhandlung, gähnte der Amtsrichter, da verurteilte er den Bevollmächtigten unserer Emden-Jahresliste zu zwei Monaten Gefängnis. Eine langweilige Geschichte, diese Urteilsverkündung, da gähnte der Amtsrichter bei jedem zehnten Wort. Lebhafter wurde der Herr nur, wenn er das schwache Gedächtnis des Belastungszeugen durch intuitive Fragen auffrischte.

Am 19. August 1912 tagte in Moorport eine Versammlung der streikenden Hafenarbeiter. Nach Versammlungsschluss wurde auf der Straße ein Streikbrecher nebst Frau verprügelt. Als der Angeklagte die Straße betrat, war die Angelegenheit bereits befriedigend geregelt. Der geprügelte Kruse erkannte seinen der Angreifer, doch behauptete er vor Gericht, er habe den Angeklagten an der Stimme erkannt, als dieser die rätselhaften Worte rief: „Haut das Leder auf ihn fest.“ Kruse will die Stimme erkannt haben, obgleich er, wie er behauptet, an der Erde lag und sich gegen die angreifende Uebermacht verteidigte. Wer wird da nicht an die Schafeperschen, „Stelisenen“ erinnert? Als dem scharfsinnigen Zeugen vorgehalten wurde, daß er zwei Tage vor dem Termin zu dem Angeklagten sagte: „Du hast mir nichts getan“, da half der Amtsrichter dem Zeugen aus der Verlegenheit. Der weckwundige Gerichtsherr meinte, das habe der Zeuge ja müssen, da er sonst noch mehr Prügel bekommen hätte. Dem scharfsinnigen Juristen ist es wohl entgangen, daß dieser „Grund“ dem Kruse noch heute veranlassen müßte, die Beteiligung des Angeklagten an der Prügelei in Abrede zu stellen.

Der geschickten Fragestellung des Amtsrichters — sogar das Gähnen vergaß er dabei — gelang es, das Gedächtnis des Zeugen soweit zu wecken, daß dieser sich „erinnerte“, seine Frau habe erst Prügel bekommen, nachdem die rätselhaften Worte gefallen seien. Die Frau Kruse, die wohl so schnell nicht unzufrieden konnte, wie ihr Ehemann, sagte zugunsten des Angeklagten aus.

Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

Die miserablen Leistungen deutscher Sozialpolitik veranlaßten die Emdener Hafenarbeiter im Jahre 1905, eine Krankengeldzuschuß- und Beerdigungsbefristung zu errichten. Bei einem Beitrag von wöchentlich 20 Pf. wurde den Mitgliedern auf die Dauer von 26 Wochen ein wöchentliches Zuschuß von 6 M. gewährt. Die Beerdigungsbefristung betrug 30 M. Diese recht segensreiche Einrichtung hatte natürlich auch einen Verwaltungskörper, der von den Mitgliedern gewählt wurde. Da die Mitglieder organisierte Hafenarbeiter waren, was war natürlich, als daß sie auch die Person wählten, die sie an die Spitze ihrer gewerkschaftlichen Organisation gestellt hatten.

Seitdem die Christen, Hessberg, Gelben und Unternehmern im zwanzigjährigen Kampf die organisierten Hafenarbeiter niederterrorisiert haben, haßt das Altschiff alles, was nach Transportarbeiterverband riecht. Jeder ehrliche Mann ist dem Spitzbuben ein Greuel, jeder organisierte Hafenarbeiter ein Nagel zum Sarg, in dem die christlich-gelbe Herrlichkeit in Emden begraben wird.

Diese wahnsinnige Angst vor dem unvermeidlichen Ende verleitet den spiritus rector (!!) des Emdener Hafenbetriebsvereins, Herrn Blante, im Hauptamt Schäume des christlich-gelben Verordnungsverhaltens in Emden, zu einem Quotienten über den andern. Die „letzte“ Lauge gesplitteter er gegen die oben erwähnte soziale Einrichtung der Hafenarbeiter. Der Vorsitzende der Kasse wurde vorgeladen (!) und erhielt den Befehl: Heraus aus der Kasse, oder ihr bekommt keine Arbeitskarte! So wird eine segensreiche soziale Einrichtung zerstört, die sich die Arbeiter selbst geschaffen.

Das ist heileilke kein Terrorismus! Blante ist doch Vertreter der Unternehmern und nicht der Arbeiter. Wäre Blante Sekretär einer Arbeiter-Gewerkschaft, so bekäme er einen Ehrenplatz in der Materialsammlung — die die Schleifendrehen für ein offenes Buchhausgeß gegen ehrliche Arbeiter angelegt haben. Aber so...

Es ist doch gut, daß unsere Feinde immerhin noch unsere Feinde — wenn auch unfreiwilligen — Agitatoren sind.

Den Neumanns-Hafenarbeiter hatte kürzlich die Hamburger „Produktion“ beim linken Ohr gebodt, jetzt hat ihn unser Bremerhavener Parteiorgan am rechten Ohr und beide beuteln sie die Hamburger Infamiation aller Lügen nach Verzenslust. Offenlich reißen sie dem gelben Spahnader nicht beide Ohren vom Kopfe. Unser Bremerhavener Parteiorgan schreibt unter anderem:

„Eine neue Sympphonie ist jetzt von Hamburg hier eingeführt und soll nun in den Untersektorien kultiviert werden. Es handelt sich um den gelben „Hafenarbeiter“, der bisher nur für das Hamburger Gebiet erschein und der jetzt den stolzen Unterstitel bekommen hat: „Organ für die Interessen der Hafenarbeiter der Untersektoren“. Wie diese Interessensvertretung ausseht, davon legt gleich die erste Nummer Zeugnis ab, in der speziell für die Hafen- und Fischerhafenarbeiter nichts weiter enthalten ist, als ein müßiges Gedächtnis auf die — „Volkstimme“. In nicht weniger als drei Artikeln beschäftigt sich dieser „Hafenarbeiter“ mit unserem Blante und zwar hat es ihm zunächst eine von uns gebrachte Notiz über Waggelregelungen am Fischerhafen angetan. Selbstverständlich hält der „Hafenarbeiter“ diese Waggelregelungen

für durchaus berechtigt, weil der Gemaßregelte angeblich die gelben Ziehlänge der Betriebsgenossenschaft nicht in Ruhe gelassen habe. Beweise hierfür werden natürlich nicht beigebracht, wie man es auch vorzieht, dafür die Beweise in der Tasche zu behalten, daß die Gelben „am Fischereihafen im Guten schon viel erreicht haben“. Daß sich die Lohnverhältnisse gerade seit dem Auskommen der gelben Gesellschaft am Fischereihafen wesentlich verschlechtert haben — eine Tatsache übrigens, die durch alle gelben Rechnungsführer nicht aus der Welt zu schaffen ist — verschweigt man vorsichtshalber. Und man hat alle Ursache dazu, um nicht noch die letzten gelben Stücken am Fischereihafen ins Wasser zu bringen. Dann geistert der „Hafenarbeiter“ weiter über die von uns veröffentlichte kritische Betrachtung des bürgerlichen Berichtes über das erste Stiftungsfest des Fischischen gelben Seemannsvereins, wobei großsprecherisch behauptet wird, daß ausgerechnet „dieser Artikel der ‚Volksstimme‘“ viele Kameraden veranlaßt hat, dem neuen Vereine beizutreten“. Selbst wenn diese Bemerkung nicht offensichtlich schwindel wäre, würden wir den angeblich fahnenflüchtigen keine Träne nachweinen, denn wer schon aus einem derartigen Anlaß sich den Gelben verschreibt, der hat es nie ehrlich mit sich selbst und seiner Organisation gemeint. Ueber die letzte Anwesenheit, die sich der „Hafenarbeiter“ eines Prozeßberichtes wegen leistet, können wir mit Stillschweigen hinweggehen, wenn der Artikelreiber sich nicht erschreckt haben würde, im Zusammenhang hiermit ganz ungeheuerliche Anschuldigungen gegenüber der organisierten Arbeiterschaft von Rüdigers Werft und der Schiffswerft „Unterweser“ zu erheben. Er schreibt nämlich:

„Auf der Rüdigers-Werft fliegen vom dunklen Hofe so von ungefähr Rieten in den erleuchteten Mieterraum, und zwar so zufällig, daß sie regelmäßig nicht der freien Gewerkschaft angehörende Arbeiter treffen oder treffen sollen. Nebenbei sind die Zustände auf dem Schiffbau „Unterweser“, wo glühende Rieten den Leuten so um die Köpfe hageln.“

Das ist denn doch der Gipfel der Gemeinheit! Hier werden also die organisierten Arbeiter ohne weiteres zu Verbrechern gestempelt, die es systematisch auf das Leben und die Gesundheit der Gelben abgesehen hätten. Und diese bodenlose Verleumdung wird in die Welt hinausgeschleudert, ohne auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen. Aber das ist ja letzten Endes auch nur der Daseinszweck dieser gelben Sumpfpflanze, daß sie ehrliche Arbeiter verdammt und verurteilt, um so den Boden vorzubereiten, auf dem einzig und allein der organisierte gelbe Arbeiterverrat gedeiht. Und so etwas nennt sich dann „Vertreterin von Arbeiterinteressen“. Psst! Teufel ob dieser elenden Heuschrecke!

Wir wollen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß diese gelben Verleumdungen auf das Konto der Unternehmer kommen. Denn sie bezahlen die gelbe Suppe.

Der tarifunfähige Hamburger Hafenbetriebsverein. Wir berichten bereits, daß der Hafenbetriebsverein auch aus dem Tarif für Schiffseinstellung etwas anderes herausliest als drum liegt. Der Hafenbetriebsverein behauptet, die Arbeitszeit wird vom Beginn der Arbeit an Nord gerechnet, während die Arbeiter die Meldezeit und die Vorbereitungszeit in der Werkstätte ebenfalls als Arbeit betrachten. Während mehrere Gewerbegerichtssachen der Arbeiter zurückgewiesen wurden, weil sie nicht von vornherein gegen die willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit protestierten, sondern die Unternehmung in dem Glauben ließen, sie kämen zur bestellten Zeit, liegen nunmehr einige prinzipielle Entscheidungen vor, die sämtlich günstig für die Arbeiter ausfallen. Aus der Begründung eines dieser Gewerbegerichtsurteile wird uns folgendes mitgeteilt:

Es ist ganz unverständlich, wenn die Behauptung der Arbeitgeber richtig wäre, daß man sich bei den Verhandlungen über die Einführung einer neunstündigen Arbeitszeit für alle Hafenarbeiter allgemein darüber klar gewesen sei, daß vom 1. Mai ab die wirkliche Arbeit im Hafen überall einheitlich beginnen sollte, und somit auch die Kesselreiniger künftig nicht mehr in den Werkstätten, sondern beim Beginn der tarifmäßigen Arbeitszeit schon an Bord sein müßten, weshalb denn diese einschneidende Veränderung nicht in dem neuen Tarif aufgenommen sein sollte. Daß solche Aufnahme nur aus Vergeßlichkeit unterbleiben konnte, erscheint jedem Unparteiischen fast unglauhaft. Um so präziser muß daher die Beweisführung sein, die den Arbeitgebern dafür obliegt, daß man auch auf der Arbeitersseite damit einverstanden war, daß trotz allgemeiner Verlängerung der Arbeitszeit im Hafen von 10 auf 9 Stunden unter Fortfall der Frühstückspause, gerade die Kesselreiniger und Schiffseinsteller allein eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit nur von 10 auf 9 1/2 Stunden erfahren sollten. Denn aus etwas anderem wäre es doch nicht hinausgekommen. Uebrigens ergibt sich aus dem zur Akte gebrachten Schreiben des Hafenbetriebsvereins an die Schiffseinstellungs- und Schiffseinstellungsvereine vom 29. September 1913, daß auch in Arbeitsbetriebskreisen während der Sommermonate die Meinung geherrscht hat, daß die neunstündige Arbeitszeit der Kesselreiniger nicht an Bord, sondern in der Werkstätte beginne, wenn die Arbeiter sich dort melden müssen; denn es heißt dort, es seien in einer Versammlung der Reedereien und Schiffseinstellungsbetriebe Vereinbarungen getroffen, um vom 1. Oktober an die neunstündige Arbeitszeit, die während der Sommermonate in manchen Betrieben leider nicht durchgeführt worden sei, ungekürzt zur Durchführung zu bringen. Weiter wird gesagt: „Um den pünktlichen Beginn der Arbeit zu sichern, sind die Schiffseinstellungs- und Schiffseinstellungs-Unternehmer

übereingekommen, zu verlangen, daß die Arbeiter um 6 1/2 Uhr morgens sich in den Werkstätten einfinden.“ Wenn man sich im April 1913 all gemein darüber klar gewesen wäre, daß künftig auch die Kesselreiniger eine Meldezeit haben sollten, und daß also ihre Arbeitszeit nur um eine halbe Stunde oder noch weniger verkürzt werden sollte, dann hätte es wohl kaum passieren können, daß während der Sommerzeit die neunstündige Arbeitszeit, wie sie die Arbeitgeber sich denken, in manchen Betrieben nicht durchgeführt wurde, und das Schreiben vom Hafenbetriebsverein vom 29. September 1913 wäre überflüssig gewesen. Es hat also offenbar eine all gemeine Unklarheit über den hier strittigen Punkt geherrscht. Und deshalb muß bis zum Beweise des Gegenteils angenommen werden, daß auch nach dem 1. Mai 1913 der alte Grundsatz fortbestehen sollte, daß die Kesselreiniger, welche sich in der Werkstätte zu melden haben, um Instruktion zu erhalten und Schiffsmitzuneimen, erst um diejenige Zeit zu erscheinen brauchen, zu welcher tarifmäßig die Arbeit beginnt. Was das in den Betrieben ausgehängte Plakat anbelangt, so wäre es für die Arbeitnehmer kaum maßgebend gewesen, denn es war nicht von den Arbeitgebern, sondern vom Hafenbetriebsverein unterzeichnet und enthielt außer Bekanntmachung der am 1. Oktober 1913 in Kraft tretenden tariflichen Bestimmungen über den Beginn der Arbeitszeit eine Bestimmung, welche mit dem Tarif und dem bisherigen usus nicht im Einklang stand. Der Hafenbetriebsverein konnte aber dem Arbeitnehmer keine Vorschriften machen, die mit dem Tarif und der bisherigen Auslegung desselben im Widerspruch standen. Aus der Anmerkung: „Die Betriebe sind übereingekommen, zu verlangen, daß die Arbeiter um 6 1/2 Uhr morgens an den Werkstätten sind.“ hätten die Arbeiter auch sehen müssen, daß es sich um eine ganz willkürliche, einseitige Bestimmung der Betriebsinhaber handelte, deren Befolgung für sie bindend und verhängnisvoll hätte werden können.

Es muß abgewartet werden, ob der Hafenbetriebsverein sich nun genug blamiert hat. Aus dem ganzen Gebaren des Vereins geht hervor, daß er alle Tarife mit einer pyffischen „reservatio mentalis“ — mit einem geheimen Vorbehalt! — abschloß. Deshalb begann Dr. Payer seinen Jahresbericht über 1912 auch mit einer Klage über die tarifunfähigen — „Hafenarbeiter“!

Lübeck. Die Abscherrung der Holz-Lagerplätze und die Arbeiter. Das Polizeiamt hat am 8. Dezember zur Verhütung weiterer Brandstiftungen auf den Holzlagerplätzen eine Verordnung erlassen, die einer völligen Zählung des Verkehrs am linken Trabe-User gleichkommt. Bereits in der letzten Bürgergastung wurde diese Verordnung von sozialdemokratischer Seite einer scharfen Kritik, der sich auch andere Bürgergastungsmitglieder anschlossen, unterzogen. Mit Recht wurde darauf verwiesen, daß diese Verordnung zu vielen Unzulänglichkeiten für die auf den Holzlagerplätzen und am Hafen beschäftigten Arbeiter führe. Da sich die Mißlichkeiten in den letzten Wochen und Tagen vermehrt, nahm kürzlich eine vom Transportarbeiterverband nach dem großen Saal des Gewerkschaftshauses einberufene öffentliche Versammlung sämtlicher im und am Hafen beschäftigten Arbeiter zu dieser Polizeiverordnung eingehend Stellung. In seinen einleitenden Ausführungen schilderte Kollege Rastien die Mißstände, die durch diese Polizeiverordnung in die Erscheinung getreten sind. Der größte Teil der auf der Lastabgabe beschäftigten Arbeiter hat infolge dieser Abscherrungsmaßnahmen große Umwege, durch welche die Arbeitszeit ganz wesentlich verlängert wird, zu machen. Infolge der auch auf dem rechten Trabe-User vorgenommenen Abscherrungen ergaben sich auch hier dieselben Mißstände. Die im Umschlaghafen tätigen Arbeiter sind jetzt vollständig auf die Fährdampfer angewiesen. Nach der Beladung eines Schiffes, das ausgehen oder verholzt werden soll, ist es den Schauerleuten und Kohlenarbeitern unmöglich, an Land zu kommen. Der Fährdampfer fährt nur alle Stunde; er derselbe eben fort, dann müssen die Arbeiter unter Umständen fast eine Stunde warten, ehe sie befördert werden. Da die Leute während der Wartezeit nicht an Land gehen dürfen, so können sie sich in der Dunkelheit dem vorbeifahrenden Dampfer nur schwer bemerkbar machen. Allen Unbilden der Bitterung ausgesetzt, stehen sie dann da. Ein weiterer Mißstand ist der, daß den auf den Schiffen beschäftigten Arbeitern jetzt die Möglichkeit genommen ist, die in die Abscherrung einbezogenen Aborte auf dem Lande aufzusuchen; sie sind also auf die Bedürfnisanstalten auf dem Schiffe angewiesen. Die Benutzung derselben hängt jedoch vom guten Willen der Schiffseitung ab. Ferner befinden sich die Aborte auf den Schiffen manchmal in einem Zustande, daß die Arbeiter Verunreinigungen oder gar Ansteckung von Krankheiten befürchten müssen. Aus allen diesen Gründen empfiehlt Redner, daß das Bureau der Versammlung beauftragt werde, bei Senat und Bürgergastung durch eine Eingabe um Aufhebung resp. Abänderung der Polizeiverordnung zu ersuchen. — Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft. Der erste Diskussionsredner, Desemann-Kensfeld, führte aus: Vom Lagermeister der Firma Havemann u. Sohn sei ihm heute (Dienstag) nachmittags ein Schlüssel verabreicht worden, damit er die nach Schwartau zu belegende Pforte für die dort und in Vorwerk wohnenden Arbeiter öffnen könne, da infolge des Hochwassers die Vorwerke Wiesen überschwemmt seien. Als er mit seinen Kollegen und Arbeitern von Havemann u. Jürgen, die gleichfalls durch diese Pforte gelassen werden, an der Pforte angelangt sei, erschien ein Schuttmann in Begleitung eines Hundes und erklärte, die Leute von Havemann u. Sohn kämen nicht durch die Pforte. Er, Redner, habe dann dem Schuttmann gesagt, daß er doch zu diesem Zwecke den Schlüssel erhalten habe. Infolge des Auftretens zweier Schreiber von Havemann u. Jürgen entstand dann an der Pforte ein Gedränge, worauf der Schuttmann zu seinem Revolver griff und rief: „Meine Herren, ich schüß!“ Ein Kollege fiel bei dem Gedränge um und wurde wegen angeblichen Widerstandes verhaftet, trotzdem er sich in keiner Weise widersetzt hatte. Wie ihm jedoch von der Firma Havemann u. Sohn mitgeteilt sei, solle er am Mittwoch früh die Pforte nicht ausschließen, da ein Doppelposten dort stehen würde. Er und seine Kollegen hätten nun einen Umweg von 1 1/2 Stunden zu machen. — Nachdem mehrere Zeugen diese Ausführungen bestätigt hatten, nahm der zur Wache zitierte, der auf Requisition des Lagermeisters wieder freigelassen war, das Wort und erklärte, daß ihm der Schuttmann auf dem Wege zur Wache gesagt habe: „Ich werde Ihnen zeigen, was es heißt, sich gegen einen Schuttmann aufzulehnen.“ Sie können wegen Hausfriedensbruchs, ja sogar wegen Landfriedensbruchs bestraft werden.“ — Im weiteren Verlaufe der Debatte kritisierte Kollege Stelling scharf die Polizeiverordnung und das Vorgehen des Schuttmannes. Die sozialdemokratische Fraktion werde diese Angelegenheit in der Bürgergastung zur Sprache bringen. — Genosse M. Mengel erklärte, daß die Arbeitgeber auch mit dieser Verordnung nicht einverstanden seien; ihre jungen Leute könnten an die Schiffe an den Holzlagerplätzen, wenn die Pforten geschlossen seien, nicht herankommen. — Viele Mißstände, durch die Verordnung hervorgerufen, wurden noch besprochen. U. a. wurde darauf hingewiesen, daß zwar eine Fährbohr vorhanden sei, der Weg zu derselben aber sei versperrt. Die Staatsplätze müßten frei sein. Es sei Pflicht der Arbeitgeber, dafür zu sorgen, daß auf ihren Arbeitsplätzen auch Ein- und Ausgänge seien, die jederzeit von den dort beschäftigten Arbeitern zu passieren seien. — Schließlich wurde einstimmig beschlossen, die oben erwähnte Eingabe an Senat und Bürgergastung zu richten. Soffentlich zeitigt die Versammlung den gewünschten Erfolg.

Frankfurt a. M. Die Frankfurter Kollegen haben sich, dem Beispiel in anderen Städten folgend, an den Verein der Frankfurter Lichtspielbesitzer, C. B., der Unternehmervereinigung sowie auch an die einzelnen Besitzer mit einem Besuch gewandt, den Schluss des Spielzeit am Weihnachtsabend anstalt wie üblich um 11 Uhr bereits um 7 Uhr abends eintreten zu lassen. Begründet wurde der Wunsch damit, daß die Angestellten das ganze Jahr hindurch mit Einschluß der Sonntage tätig sein müssen, also nicht einen Tag im Jahre haben, an dem sie im Kreise ihrer Familie verweilen können. Erfahrungsgemäß ist auch der Besuch der Theater am Weihnachtsabend so gering, daß die hohen Aufwändungen für Licht und Kraft durch die Einnahmen nicht im entferntesten gedeckt werden können. Es liegt deshalb im Interesse beider Teile, dem Wunsch der Angestellten nachzukommen. Herr Raibart, der Vorsitzende des Vereins der Lichtspielbesitzer, teilte daraufhin mit, daß er bereit sei, auf die Vereinsmitglieder einzutreten, dem Wunsch der Angestellten Rechnung zu tragen. Das scheint auch gefolgt zu sein, wie aus einer Reihe zustimmender Zuschriften aus dem Kreise der Lichtspielbesitzer geschlossen werden darf. Zunächst teilte das Luna- und Apollotheater C. m. b. H. mit, daß sie ihre beiden Theater überhaupt nicht öffnen würden, die Lichtpol-Bücherei, daß sie am 24. um 7 1/2 Uhr schließen würden. Die Frankfurter Kinematographengesellschaft m. b. H. (Metropol- und Hohenlohertheater), Theater der Nord, die Firma Haglwanter (Deon, Eden, Kaiserhof, Offenbach und Hanau), ferner Herrn Raibart, der Theater: Cinema Balbe, Germania und Fantasia sowie Lichtbühne erklärten sich ebenfalls durch Zuschrift bereit, um 7 Uhr zu schließen. Das Stala- und Victoria-Theater antworteten nicht, ebenso das U. F., doch teilten dort beschäftigte Kollegen mit, daß letzteres den ganzen Tag, letzteres früher wie üblich schließen würden. Wie veranlaßt, sollen noch einige andere Theater ebenfalls sich dem Vorgehen der größeren, führenden Theater anschließen haben.

Die organisierten Kollegen können mit Genugtuung diesen ersten Erfolg registrieren. Sie sehen darin den ersten Beweis der ihnen durch die Organisation innewohnenden Stärke. Die heute noch abseits stehenden Kollegen sind nun allerdings durch das energische Vorgehen ihrer organisierten Kollegen ebenfalls in den Genuß des früheren Weihnachtsfestes gekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige naive Kollegen das der Einfachheit ihres „humanen und sozialgeleiteten“ Arbeitgebers zuschreiben. Sie wissen nicht und können es auch nicht wissen, daß hier ihnen unbekannte Kräfte am Werke waren, die es vermochten, auch ihrem Arbeitgeber das „soziale“ Bewußtsein zu wecken. Darum kann es den organisierten Kollegen nicht dringend genug empfohlen werden, auch dem letzten jetzt noch abseits stehenden Kollegen diesen Kollaboranten zu befehlen und denselben das einfache Zaubermittel jeden wirtschaftlichen Erfolges darzustellen: die Organisation!

Die Organisation bucht diesen Erfolg als erste Etappe auf dem Wege zum korporativen Tarifverhältnis. Bis dahin gilt es, die Läden, die noch vorhanden sind, zu schließen. Nachdem nunmehr unter Verband die eigentliche Führung der Frankfurter Kinematographen übernommen, wird es unsere Aufgabe im neuen Jahre sein, Einrichtungen zu treffen, die es ermöglichen, eine straffe, gütigdisziplinierte Kampfgemeinschaft zu sammeln, um die größtmöglichen wirtschaftlichen



schäftlichen Erfolge für die Kollegenschaft zu erkämpfen. Darum nochmals: Auf zu neuen Erfolgen im neuen Jahre!

„Münchener Segh!“ Unter dieser Stichmarke finden wir im „Kinematographen-Operateur“, dem Organ der Freien Vereinigung der Kinematographen-Operateure Deutschlands einen Artikel, der sich mit dem Uebertreibe der Münchener Sektion der Freien Vereinigung in den Deutschen Transportarbeiterverband beschäftigt. Der Verfasser des Artikels im „Kinematographen-Operateur“, Herr M. F. Knoops, leitet seine Epistel mit einem lauten Witz und solch wehleidigen Klagen ein, daß man sich des Mitleids mit dem Herrn Knoops nicht erwehren kann. Getautes Leid ist halbes Leid. Wir wollen die Schmerzensschreie des Herrn Knoops auch in diesem Blatte zum Ausdruck bringen, um ihm so, hinsichtlich des schweren Schicksalschlags, der ihm getroffen hat, auch das Mitleid unserer Kollegen zu sichern. Aus der gepriesenen Seele kommt folgender Erguß:

Wenn wir uns im Februar oder Oktober, statt im Dezember befänden, so würde ich wirklich glauben, mich nart ein ausgewachsener Affe, den ich mir beim Karneval oder auf der Festwoche gekauft habe, aber jetzt, kurz vor Weihnachten, ist es leider bitterer Ernst und die Nachrichten, welche aus der schönen Harstadt zu uns bringen, tragen so viel traurige Wirklichkeit in sich, daß einem die Luft vergeht, auch nur einen Augenblick zu versuchen, die Sänge von der leichten Seite zu nehmen.“

Dann kommt die Konstatierung, daß die Freie Vereinigung in München eine schöne Sektion hatte, die zu den besten Hoffnungen berechtigte, daß die Freie Vereinigung alles daran setzte, um die Sektion hochzubringen und nun, nach kurzer Frist, die schmachvolle Tatsache des Zusammenbruchs. Bis auf einen kleinen Rest haben die Operateure Münchens der Freien Vereinigung den Rücken gekehrt und sind mit vollen Segeln ins Lager des Transportarbeiterverbandes hinübergeegelt. Damit über den „kleinen Rest“ keine Meinungsverschiedenheiten aufstehen, sehen wir uns zu der Feststellung genötigt, daß ganze zwei Mann das Banner der Freien Vereinigung in München mit dem Mute der Verzweiflung noch hochhalten. Angesichts dieser Tatsache nimmt es sich sehr heiter aus, wenn Herr Knoops in seinem Artikel — noch dazu in Sperrdruck — erklärt: „Die Sektion München der Freien Vereinigung der Kino-Operateure Deutschlands bleibt weiter bestehen.“ Noch eine andere Korrektur müssen wir an dem Knoops-Artikel vornehmen. Im Anschluß an die oben zitierten Zeilen heißt es weiter: „Sämtliche Zuschriften sind bis auf weiteres an den Vorsitzenden Kollegen Kraus, Malstraße, zu senden oder direkt an die Zentrale Berlin.“ Hierzu müssen wir bemerken, daß derjenige, der mit der Freien Vereinigung in Verbindung treten will, den weiten Weg nach Berlin machen muß, denn auch der Kollege Kraus hat die Münchener Segh mitgemacht und ist inzwischen zu dem bösen Transportarbeiterverband übergetreten. Wer soll da noch daran zweifeln, daß es ein tiefer und aufrichtig empfundener Schmerz ist, der ins Innerste des Herrn Knoops Einzug gehalten hat!

Recht sonderbar nimmt es sich aber aus, wenn sich Herr Knoops in seiner Bitt dazu versteht, die ehemaligen Mitglieder seiner Organisation, die er bisher als tüchtige und gewissenhafte Arbeiter den Prinzipal gegenüber schilderte, nun auf einmal, jedermanns bezweifelnd, weil sie in den Transportarbeiterverband übergetreten sind, als ungenügend ausgebildete Operateure hinzustellen, die vor der gesellschaftlichen Operateurenprüfung Angst empfinden sollen. Das glauben Sie doch im Ernste wohl selbst nicht, Herr Knoops! In den übrigen Zeilen des Artikels wird auf den Standesbündel spekuliert und den Herren Arbeitgebern die Freie Vereinigung mit honigsüßen Worten schmacht gemacht, während der Transportarbeiterverband als krumpellos in der Wahl seiner Mittel und als mutwilliger und boshafter Störenfried hingestellt wird. Für so ungeschicklich braucht Herr Knoops die Herren Arbeitgeber wirklich nicht zu halten, daß sie die Absicht nicht merken sollen, die mit diesem denunziatorischen Artikel verbunden ist. Nachdem die Freie Vereinigung für München ausgeschaltet ist, mag es also Herr Knoops gefällig sein, die Münchener Operateure selbst überlassen, wie sie sich mit den Herren Theaterbesitzern vereinbaren. Wir sind überzeugt, daß die Mitglieder unserer neuen Sektion alles tun werden, um die noch auferstehenden Angehörigen der Kino-Theater dem Deutschen Transportarbeiterverbande zuzuführen und wir wünschen ihnen zu diesem Beginne den besten Erfolg.

NB. Der Arbeitsnachweis ist wie bisher im Restaurant „Friedensburg“, Baaderstraße. Zutritt, die die Stellenvermittlung betreffen, sind wie bisher zu richten an Herrn Karl Sandmeier, München, Kreuzplatz 4.



Die neue Unternehmerorganisation in Bremen. Wie rege die Herren Arbeitgeber sind, wenn es gilt, ihren Geldbeutel zu schützen, darüber gibt uns wieder einmal ein Schriftstück, das zwar den bezeichnenden Vermerk „Vertraulich“ trägt, dennoch aber der „Bremser Bürgerzeitung“ auf den Tisch gestogen ist, ausgiebige Auskunft. Es lautet:

„Bremen, im Dezember 1913.
An die bremischen Detailhandels-Firmen, welche Transportpersonal beschäftigen!“

Während bislang der Detailhandel im großen und ganzen unberührt geblieben ist von Lohnhörsen und Einmischungen seitens der Arbeiterorganisationen in die Betriebsführung des Detailhandels zu den Seiten gehörten, ist in letzter Zeit ein Vorwärtsschritt zu konstatieren, das das Bestimmungsrecht des Geschäftsinhabers zu bescheiden droht. Es wird allgemein bekannt sein, daß im Sommer dieses Jahres Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer des Fuhrgewerbes einschließlich des Kohlenhandels entstanden. Nach längeren Verhandlungen der Organisationen dieser Kreise wurde eine Einigung erzielt auf Grund eines Tarifvertrages zwischen dem Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben, Ortsgruppe Bremen, und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Bremen. In diesem Tarifvertrage fanden Arbeitszeit, Lohnzahlung usw. eine Regelung, welche hauptsächlich die Verhältnisse im Fuhrgewerbe berücksichtigte; für den Kohlenhandel wurde ein besonderer Tarifvertrag ausgearbeitet.

Hiermit nicht zufrieden, richtete der Transportarbeiterverband sein Augenmerk nun darauf, eine Lohnbewegung für diejenigen Betriebe in die Wege zu leiten, welche dem Arbeitgeberverband nicht angehören, also namentlich die Detailhandels- und Gewerbetreibenden mit Transportpersonal, welchen er kategorisch die Bedingung stellte, daß in deren Betrieb dieselbe Lohn- und Arbeitsregulierung Platz greifen solle, welche mit den Fuhrwerksbesitzern und Kohlenhändlern abgemacht war.

Auf Anregung der Kammer für Kleinhandel haben nun eine Reihe von Geschäftsläuten über die Lage beraten und sie sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Notwendigkeit vorliegt, die Situation ernst zu nehmen. Die Gewerkschaftsorganisation macht hier zum erstenmal den Versuch, auch in die Verhältnisse des Detailhandels eine Fresse zu legen. Systematisch wird dann auf diesem Wege weitergearbeitet worden und indem ein Arbeitgeber gegen den andern ausgespielt wird, werden von den einzelnen Firmen nach und nach immer mehr Zugeständnisse herausgeholt, so daß endlich das Versuchsrecht im eigenen Betriebe nur noch auf dem Papier steht.

Es wurde von den bis jetzt an der Vorberatung beteiligten Detailhändlern und Geschäftsläuten abgelehnt, eine besondere nur für diese Kreise abgegrenzte Gegenorganisation zu gründen, vielmehr wurde man mit Recht darauf ausmerksam gemacht, daß die bisher nicht organisierten Arbeitgeber den Vorteil haben, auf etwas Vorhandenem weiterzubauen, indem sie in dem Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben eine besondere Gruppe bilden. Dadurch sind sie in der Lage, die Erfahrungen mit zu verwerten, welche auf diesem Gebiete bereits gemacht sind. Ferner wird eine Verbilligung in der Verwaltung erzielt und man bildet eine größere Geschlossenheit gegenüber der Organisation der Arbeitnehmer.

Abgelehnt wurde es ferner, daß die so zu einer Organisation vereinigten Detailhändler und Geschäftsinhaber durch diese Organisation mit dem Transportarbeiterverband verhandeln sollen, vielmehr ist lediglich daran gedacht, unter den Arbeitgebern eine Einigkeit über bestimmte Fragen zu gewinnen. Es sollen bestimmte Angelegenheiten also durch besondere Abmachung festgelegt werden und jeder einzelne Geschäftsmann hat dann für seinen Betrieb diese Abmachungen innerzuhalten, verhandelt aber im übrigen vollkommen selbstständig mit seinen Arbeitnehmern. Die Begrenzung dieser Abmachungen muß natürlich erst in besonderer Versammlung festgelegt werden.

Auf obiger Basis haben nun folgende Firmen bereits den Zusammenschluß beschlossen und eine Detailhandelsgruppe in dem Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben, Ortsgruppe Bremen, gebildet: Chr. Bergmann, Osterfeuerbergstraße 99; Behr u. Fahl, Osterfeuerbergweg 1; Joh. Büchel, Hülfstraße 17/19; Bernhard Ebeling, Ausgarstraße 21; F. W. Felske, Große Johannisstraße 64; Gebr. Felske, Vor dem Steintor 58; F. S. Harms, Am Wall 158/160; S. Katenkamp, Am Brill 15; Meyer u. Weyhausen, Sögestr. 51; M. Niemeyer, Altenwall 29; D. F. Rabe u. Co., Domsploß 16; Friedr. Rohlfing, Bischofsplatz 13; F. F. Rohlfing, Sögestraße 80/82; E. Schlothe, Oberstraße 44/64; Aug. Tura, Am Wall 164; Chr. Wurthmann, Am Wall 217; ferner hat die Firma Stegmann u. Hartmann, Faulenstraße 71, sich schriftlich zum Beitritt erklärt. Die Herren E. Engeling (in Firma F. F. Rohlfing), Adolph Harms (in Firma F. S. Harms) haben die probatorische Leitung und Bearbeitung der Angelegenheit übernommen.

Sie richten jetzt auch an Ihre Firma die Aufforderung, sich mit den Beschlüssen durch Unterzeichnung des angelegenen Formulars solidarisch zu erklären.

Es folgen dann noch die statutarischen Bestimmungen der neuen Vereinigung, die die Leistungen der Mitglieder und die Gesellschafter des Verbandes betreffen. Besonders ist auch eine Streitverföhrung vorgegeben, die u. a. für jeden Arbeiter, der einer Arbeits-einstellung wegen ausgespart wird, bis zu 25 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes auszahlt.

Für die Anerkennung, die uns die Scharfmacher ob der intensiven Tätigkeit unseres Verbandes zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufs-Kollegen zollen, verbindlichsten Dank. Die Herren werden erfahren müssen, daß alle ihre Vorbeugungsmaßnahmen gegen Lohnbewegungen und Streiks unseren Eifer, den Berufs-Kollegen so oder so aus dem Elend der jetzt üblichen Arbeitsverhältnisse herauszuheben, nicht hemmen können. Es ist übrigens für die Agitation weiter den

Indifferenten von nicht zu unterschätzender Bedeutung, wenn die Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen und sich zur Wahrung ihrer Interessen organisieren. Das steht an und bringt schließlich auch die dümmsten Arbeiter auf den schlauesten Gedanken, daß die Organisation doch ihren guten Zweck haben muß. Wenn man heute unseren Verband grundsätzlich noch nicht als verhandlungsfähige Organisation anerkennen will, so hat das nicht allzu viel zu bedeuten. Wir haben den Herren nie so viel Selbstlosigkeit und praktische Verunft zugetraut, daß sie mit unserer Gewerkschaft verhandeln, ehe sie dazu gezwungen werden. Und deshalb müssen wir stets so stark sein, daß wir die Herren zwingen können, uns als gleichwertig und verhandlungsfähig anzusehen. Und die Folgerente werden die letzten sein, die unserer Organisation Trotz bieten können.

Gemüht. Mit welcher geradezu bestemmenden Reichfertigkeit mitunter Angelegenheiten erachtet werden, dafür liefert der nachstehende Fall wieder einmal ein typisches Beispiel:

Der Kollege G. fuhr mit seinem Geschirr am 18. September früh eine Fuhrre Wehl von Gemüht nach Einsiedel. An einer etwas abseitsliegenden Stelle der Straße, zwischen Erbsenfeld und Einsiedel, verlegte das eine Pferd plötzlich. Es entstand hierdurch die Gefahr, daß der schwerbeladene Wagen wieder zurückfallen und größeren Schaden anrichten könne. Um das zu verhindern, rief der Kollege G. das Pferd durch ein paar Schläge mit der Peitsche an. Das hatten von weitem zwei Spaziergänger, ein Bahn- und ein Postbeamter, gesehen und beim nächsten Schutzmann von dieser „Vergewaltigung“ Anzeige erstattet. Bei der Feststellung der Personallisten mußte sich der Schutzmann davon überzeugen, daß das betreffende Pferd keinerlei Spuren einer Mißhandlung aufwies. Gleichviel, er mußte die Anzeige weitergeben, und der Kollege G. erhielt einen Strafbefehl von 20 Mk.

Hiergegen erhob er Einspruch und beantragte gerichtliche Entscheidung. Vor dem Schöffengericht ergab sich nun, auf welche Schwachen Füßen diese Anzeige stand. Die Zeugen schritten sehr schlecht ab. Auf tausend Meter Entfernung, dann auf achthundert, wollten sie ihre Beobachtung gemacht haben. Sie konnten aber nicht einmal bestimmt sagen, ob der Kutscher mit der Peitsche geschlagen oder nur geschüttelt habe! — Zugunsten des Kollegen hatte der Arbeitgeber dem Gericht schriftlich davon Mitteilung gemacht und das an Gerichtsstelle auch noch mündlich bezeugt, daß derselbe ein guter Pferdebesitzer sei, denn eine Mißhandlung der Pferde nicht zuzutragen ist. Auch bezeugte er die tüchtigen Eigenschaften des betreffenden Pferdes.

Dem Antrage des Verteidigers entsprechend, erfolgte eine glatte Freisprechung des Angeklagten.

Düsseldorf. „Die Wählerarbeit des Transportarbeiterverbandes.“ Unter diesem geschmackvollen Titel bringt die „Spektations- und Schaffens-Ztg.“ in ihrer Nr. 51 vom 19. Dezember 1913 einen Artikel, der ihr aus Kölner Spektationskreisen zugegangen ist. Zur Orientierung unserer Leser und vornehmlich unserer Kollegen in Rheinland und Westfalen lassen wir den Artikel wörtlich folgen:

„Uns Kölner Spektationskreise haben wir eine Zuschrift erhalten, welche sich in ausführlicher Weise mit der leider ständig steigenden Wählerarbeit des Deutschen Transportarbeiterverbandes beschäftigt, welche sich gerade zur jetzigen Zeit in Rheinland und Westfalen besonders fühlbar macht und die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise beansprucht. In dieser Zuschrift wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Obwohl der Sommer einer der miserabelsten Zeiten war, die das Transportgewerbe infolge des allgemeinen stau gewesenen Geschäftsganges seit Jahren durchzumachen hatte, sind Entlassungen von Fuhrleuten nach Kräften vermieden worden. Das Geschäft hat sich jetzt zwar etwas gehoben, doch lassen sich die Arbeiten gut bewältigen. Am besten wissen dies die Fuhrleute selbst, weil sie ja der ausführende Teil sind. Und nun kommt so ein Verband und vertritt den Leuten für das nächste Jahr goldene Berge (höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit), obwohl er doch den geschäftlichen Niedergang kennen mußte. Der Verband scheint nicht zu wissen, daß einer Leistung auch eine Gegenleistung gegenüberstehen muß; die vor zwei Jahren ganz allgemein erhobene Löhne der Fuhrleute befinden sich zurzeit auf einer Grenze, die auf lange Zeit hinaus weder eine weitere Befähigung, noch die Möglichkeit zuläßt, eine Abwälzung durch abermalige Erhöhung der Alltagspreise als Deduktion vorzunehmen. Was nun die Arbeitszeit anbelangt, so wird sich auch hieran wenig ändern lassen; es sei denn, man betrachte die Fuhrleute in die Stadt zukünftig als Luxus-touristen. Kein Mann ist freier als der Fuhrmann. Sobald er den Stall verlassen hat, ist er vollständig sein eigener Herr und lediglich von seiner Intelligenz hängt es ab, wie er sich seine Arbeiten einteilt, wie er seine Pause macht usw. Nun kann es mal vorkommen, daß er verballtet und unverschuldet Anfechtung erleidet. Statt ihn nach Kräften auszugleichen, muß es nach sozialdemokratischer Auffassung sein eifriges Bestreben sein, schmerzhaft Schluß zu machen, oder aber sich, trotz des Verlustes, den das Geschäft erleidet, Lieberstunden bezahlen zu lassen. Solche Anfechtungen in die Wirklichkeit überführt, heißt das Geschäft dem Ruin zuführen. Die Theorien haben für die Praxis keinen Wert. Wenn man glaubt, die Arbeitsstunden verkürzen zu müssen, warum trägt man diesen Gedanken in unsere Reihen? Fange man doch mal bei sich selbst an! Es häufen sich in geradezu sensationeller Weise die Beweise dafür, daß die Sozialdemokratie nur der Arbeitgeberseits gegenüber ihre programmatischen Forderungen durchzuführen trachtet. Sobald sie jedoch selbst als Arbeitgeberin in Betracht kommt, möchte sie an ihren Einrichtungen nichts geändert sehen, wie dies die bestehenden Einrichtungen in den Konsumantischen zeigen. Nach einer Statistik des sozialdemokratischen Lagerhalterverbandes für

Deutschland (bitte um nähere Angaben! D. C.) hatten in den Konsumvereinen von 3309 Lagerhaltern 1661, also mehr als die Hälfte, eine wöchentliche Arbeitszeit von über 60 Stunden. Es arbeiteten: 1196 Personen 61—70 Stunden, 347 Personen 71—80 Stunden, 115 Personen 81—90 Stunden und 3 Personen noch über 90 Stunden pro Woche.

Man erkennt hieran am besten, daß der Deutsche Transportarbeiterverband nur aus blindem Haß kämpft gegen alles, was Unternehmer heißt. Das Programm des Verbandes verlangt es, daß der Transportarbeiter nicht zur Ruhe kommen und sich nicht des Gefühls der Zufriedenheit erfreuen darf. Die Transportarbeiter sollen sich eben permanent im Kriegszustand halten. Mit einer solchen Klassenkampfmentalität, die von Leuten ausgeht, die nichts zu verlieren haben, können sich die Unternehmer natürlich nicht einverstanden erklären. Es hat sich dies am deutlichsten gezeigt bei dem Verkauf des Streikess in Essen a. d. Ruhr, worüber die Nummer 43 dieser Zeitung einen Bericht enthält. (Na, da hat die Nr. 43 schon gekunkert. D. C.)

Was geht denn nun eigentlich in Rheinland und Westfalen und speziell in Köln vor? Weiter nichts Weltbewegendes. In einigen Großstädten laufen die mit den Fuhrunternehmern und Spektoren abgeschlossenen Tarife ab, und da wiederum speziell die Kölner Unternehmer den Weltuntergang. Wenn der Ton, der in dem Artikel zum Ausdruck kommt, Allgemeingut der gesamten Kölner Unternehmer ist, dann können die Kölner Transportarbeiter, was die Glücke geschlagen hat und werden ihr Verhalten danach einrichten. Dann aber die hohen Löhne! Geht es nicht die Löhne in den letzten Jahren gestiegen. Es soll auch zugegeben werden, daß in diversen Städten die Steigerung der Löhne eine sehr ansehnliche war. Und zwar ist dort die höchste Lohnsteigerung zu buchen, wo die Transportarbeiter die festgesetzte Organisation haben. Und zu diesen Orten gehört unter vielen anderen auch Köln. Die Kölner Unternehmer mögen sich beruhigen, sie stehen in Rheinland und Westfalen noch lange nicht an erster Stelle mit ihren Löhnen. Kleinere Städte haben gegenüber Köln einen Vorsprung von 2 bis 3 Mk. pro Woche und darüber; dabei ist Köln nachgewiesenermaßen die teuerste Stadt von Rheinland und Westfalen.

Welche Löhne sind gegenwärtig in Köln in Geltung? Laut der letzten Abkühlung liegt am 1. Juli 1913 der Lohn für das Schwerfuhrwerk, Sand- und Schuttfuhrwerk auf 28 Mk. pro Woche, die Spektionsbetriebe auf 27 Mk. pro Woche. Von diesen Löhnen gehen in den meisten Fällen noch die Beiträge zur Sozialversicherung ab. Der betreffende Passus der Vereinbarung lautet: Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge sind von den Arbeitern abzuführen. Soweit bisher diese Abzüge nicht gemacht wurden, soll diese Vergünstigung weiter gewährt werden bis zum Ablauf dieses Vertrages. Also nur nicht mit hohen Löhnen gekunkert, für Kölner Herren. Und nun die Arbeitszeit! Der die Arbeitszeit regelnde Passus lautet für das Spektionsgewerbe: „Die reguläre Arbeitszeit für Fuhrleute und Lagerarbeiter beginnt um 6½ Uhr morgens und endet spätestens um 8 Uhr abends.“ Das Führen und Pufen der Pferde ist in die vorstehend festgesetzte Arbeitszeit einzurechnen.“ Nach Adam Riese immer noch eine Arbeitszeit von 11 Stunden. Wir wollen hinzufügen, daß sehr, sehr oft Überstunden gemacht werden und daß es mit der Bezahlung in sehr vielen Fällen hapert. Die Nebenbedingung von dem Fuhrmann als freiesten Menschen, ebenfalls die von den Bestimmungen des Transportarbeiterverbandes, den verschuldeten oder unverschuldeten Aufenthalt während der Touren und das damit zusammenhängende „Zuspätkommen“ schenken wir dem Artikelstreiter, denn nicht anders als ein Karnevalscherz ist das Geschreibsel aufzufassen. Nun holt der Artikelstreiter aber die Reichsverbandssmappe mit dem überblühenden Inhalt und schlägt einen Purzelbaum vor Freude, daß er auch schon etwas schreiben kann. Der gute Mann hätte es bequemer haben können; er brauchte sich nur in eine Filiale der „Hoffnung“ zu begeben und hätte dort die Wahrheit erfahren können. Daß in den Konsumvereinen noch absonderungsbedürftige Zustände herrschen, mag zugegeben werden; aber das Geschrei der Unternehmer mögen wir nicht anhören, wenn wir für die Fuhrleute die Arbeitszeit und die Entlohnung verlangen wollten, die in den Konsumvereinen bereits eingeführt sind. Der Transportarbeiterverband verfehlt mit seinen Forderungen auch die Konsumvereine nicht, das mögen sich die Privatunternehmer merken. Die Transportarbeiter von Rheinland und Westfalen mögen sich bemühen, die Konsequenzen namentlich aus den Schlussführungen zu ziehen. Der letzte Transportarbeiter, gleichviel in welcher Stadt er arbeitet, muß Mitglied des Deutschen Transportarbeiterverbandes werden.

Daß die Unternehmer in Rheinland und Westfalen, dem Lande der Scharfmacher, dunkle Pläne gegen den Transportarbeiterverband schmieden, ist bekannt. Unermüdlich wird auf der Gegenseite an dem Aufbau der Schutzmachergesellschaft gearbeitet. So kam im Frühjahr 1913 der Geschäftsführer des Verbandes zur Wahrung der Interessen des Spektions- und Fuhrerwerkes von Rheinland und Westfalen folgende Ausführungen auf der Tagung in Essen nach: „Auch in diesem Jahre sei die Geschäftsleitung in der Lage, einen recht günstigen Bericht zu erstatten zu können. Der Verband zählte jetzt 711 Mitglieder, die circa 6000 Pferde beschäftigten; er habe also im verfloßenen Jahre um weitere 147 Mitglieder zugenommen. Drei neue Vereinigungen seien ins Leben gerufen worden und zwar die Vereine Lipstadt, Bielefeld und Solingen. Die vom Verband ausgehende Anregung, einen Verband der Westfälischen Unternehmer von Rheinland und Westfalen ins Leben zu rufen, sei von Erfolg begleitet gewesen, indem die Gründung eines solchen

Verbandes ins Auge gefaßt sei. Die Gründung ist erfolgt; der Sitz dieses Verbandes ist Barmen, Vorsitzender G. Schulte. Herr Arthur Branden, der Vorsitzende des Verbandes, freut sich über die herrliche Entwicklung der Unternehmerorganisation und wünscht im nächsten Geschäftsjahr 1000 Mitglieder.“ Um dies zu erreichen, sagt der Bericht, werde der Vorstand und die Geschäftsleitung unermüdlich weiter arbeiten. Diefelbe Parole gilt für die Transportarbeiter. Vermögen die Unternehmer ihre Mitglieder von 700 auf 1000, also um 300 Mitglieder zu steigern, so werden die Transportarbeiter ihre Mitglieder von 15 000 auf 20 000 zu steigern imstande sein. Das Stärkeverhältnis hat sich bereits weiter zugunsten des Transportarbeiterverbandes verschoben. Mögen alle Kollegen dazu beitragen, daß der Einfluß unseres Verbandes größer und größer wird. Sinein in den Deutschen Transportarbeiterverband! Ist die Parole. Möge sie überall befolgt werden.

Ersturt. Unser Gauseller Kollege Knöner hat am 29. Dezember im Ersturter Landgerichtsgefängnis eine fünfmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm am 8. April v. J. die Ersturter Justiz wegen angeblicher Arbeitswilligenbeleidigung auferlegt hat. Knöner wurde lediglich deshalb zu der hohen Strafe verurteilt, weil er der Wahrheit gemäß einen Arbeitswilligen Streikbrecher nannte. In der Urteilsbegründung heißt es: „Es handelt sich um das schimpfliche Schimpfwort, das einem Arbeiter gegenüber gebraucht werden kann. In solchem Sinne wird dieser Ausdruck allgemein bei den Streitenden gebraucht und als Ausdruck der größtmöglichen Verachtung ist er von dem Angeklagten gebraucht worden.“ Als Ersturterungsgründe führt das Gericht dann noch an, daß die Beleidigung während eines Streiks erfolgte und daß der Angeklagte bereits wegen Streikvergehens bestraft sei. Bei der Revision, verhandlung vor dem Reichsgericht führte der Verteidiger an, daß zu Unrecht § 185 statt des § 186 angewendet worden sei, ferner, daß zu Unrecht dem Angeklagten der Schutz des § 193 nicht zugebilligt sei. Das Reichsgericht erkannte jedoch mit Rücksicht auf die tatsächlichen Feststellungen auf Verurteilung der Revision.

Nun ist aber auch mit der härtesten Strafe die Last nicht aus der Welt zu schaffen — auch von der Ersturter Justiz nicht! — daß das Wort Streikbrecher keine formale Beleidigung bedeutet, wie etwa die Worte Lump, Schuft oder dergleichen, und daß schon Gerichte Angeklagte, die dieses Wort gebrauchten, freigesprochen haben. Das Wort Streikbrecher kann nur dann eine Beleidigung enthalten, wenn es gegen eine Person gerichtet wird, die nicht Streikbruch treibt. Wenn jedoch derjenige, der tatsächlich Streikbruch treibt, Streikbrecher genannt wird, so liegt nur die Behauptung einer wahren Tatsache vor.

Die Klassenjustiz unserer Tage bringt es fertig, zu sagen: Gegen Streikbruch ist nichts einzuwenden, aber den Streikbrecher beim richtigen Namen zu nennen, ist bei schwerer Gefängnisstrafe verboten. Die Justiz stellt die gesunde Vernunft auf den Kopf. Die schimpfliche Handlung wird geschützt, und derjenige, der sie bei ihrem richtigen Namen nennt, wird als Beleidiger in den Kerker geworfen. Nicht die Handlung wird als schimpflich erklärt, sondern der die schimpfliche Handlung schimpflich nennt, wird bestraft.

Das Urteil hat denn auch in den weitesten Kreisen — auch in solchen, die der modernen Arbeiterbewegung schroff gegenüberstehen — großes Aufsehen erregt. Zeigt es doch, wozu die Wege der Klassenjustiz führen, und das ohne Ausnahme! Nicht mit Unrecht sagte ein liberales Blatt zu diesem Ersturter Urteil: „Wenn solche Urteile auf Grund der bestehenden Gesetze möglich sind, so gehört schon ein robustes Gewissen dazu, um noch nach Ausnahmegerichten zu rufen.“

Nun, Knöner wird ja hoffentlich die lange Strafezeit gut überleben, besonders, da ihn das Bewußtsein stärkt, daß ihm das harte Opfer auferlegt wurde im Kampfe um die Abwehr von Verleumdungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Kollegen, deren wirtschaftliche Interessen zu wahren seine Pflicht ist. Den Vertretern der Unternehmerinteressen wird ja stets der Schutz des § 193 zugebilligt, den Arbeitervertretern im allgemeinen nicht!; und die Entwicklung der Ersturter Arbeiterkassette wird durch dieses Urteil ebenfalls aufgehalten werden, als sie durch die bisherigen Ersturter Urteile aufgehalten worden ist. Aber das genügt noch nicht!

Wir hoffen, daß das Ersturter Fünfmonats-Urteil dahin seine Wirkung ausübt, daß es die der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung noch fernstehenden aufrecht aus ihrer Isolation und den Organisationen zahlreiche neue Kämpfer zuführt.

Frankenthal a. Rh. In der Stadtratssitzung vom 19. Dezember 1913 kam es gelegentlich der Vergütung der Fuhrdienste für 1914 zu einer Debatte, die uns recht deutlich zeigt, welches soziale Verständnis die bürgerlichen Herren Stadträte schwarzblauer Couleur aufbringen, wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß städtische Arbeiten vernünftigerweise nur solchen Firmen übertragen werden, die mit den Gewerkschaften im Tarifverhältnis stehen, d. h. auch Löhne zahlen, die den Anforderungen einer Arbeiterexistenz entsprechen. Die bürgerlichen Herren wandten sich gegen diesen Antrag, jedoch mit Begründungen, die den weisen Rat in Krähwinkel weit in den Schatten rücken. Die Stadtverwaltung soll und darf sich in wirtschaftliche Kämpfe nicht einmischen, meinte Herr Schöndorf, da man nicht einmal weiß, auf welcher Seite in solchen Dingen das Recht ist. Herr Dr. Mappes ist besserer Geistes; für ihn ist ohne weiteres klar, daß die Unternehmer im Recht sind, im vorliegenden Fall die Firmen Mier

u. Cruse sowie Schappert. Die Forderungen der Arbeiter seien nicht berechtigt gewesen. Man darf wirtschaftlich erstarkt sein, mit welcher Befangenheit sich die Gelehrten in Frankenthal gestatten, in Kommunalpolitik zu machen. Die Frankenthaler Arbeiterkassette wolle sich die Richtungen merken, welche diese Herren repräsentieren, damit bei kommender Gelegenheit abgerechnet werden kann. Entweder wissen diese Herren nicht, was sich im September in Frankenthal abgespielt hat, dann dürfen sie schweigen. Oder aber, sie wissen was vorgegangen ist, dann bedeutet ihr Reden nichts weiter, als ein Entsetzen der miserablen Zustände, wie sie niemals noch in Fuhrbetrieben angetroffen worden sind. Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes und unendlich lange Arbeitszeiten waren es, um deren Beseitigung die Fuhrleute in den Ausstand traten. Vielleicht holt sich Herr Dr. Mappes bei Herrn A. B. Gewerberat König in Speyer a. Rh. nähere Auskunft über die Zustände in den von dem Herrn beschützten Betrieben. Uns fehlt der Raum zur Schilderung all des Elends, womit Arbeitergegend und vernichtet wird. Eine Stadtverwaltung sollte solchen Betrieben nicht nur keine Aufträge erteilen, sondern sollte mit allen Mitteln dahin streben, daß die Arbeitsverhältnisse der Menschenwürdigkeit entsprechen und auch den Arbeitern gestatten, bei ehrlicher Arbeit sich zu ernähren. Das ist nicht nur Recht, sondern eine soziale Pflicht jeder Kommunalverwaltung. Schließlich ist auch der Arbeiterbürger und Steuerzahler. Die Sünden einer rückständigen Betriebsweise, wie sie in den benannten Betrieben üblich ist, büßt letzten Endes das steuerzahlende Publikum in Form von Armeelassen. Die Dinge sind doch schon soweit geblieben, daß ansässige Arbeiter bei den Schülern des Herrn Dr. Mappes nur im äußersten Notfalle in Arbeit treten. Die Betriebe sind zu Gelegenheitsbetriebsstätten geworden, was der Stadt Frankenthal sicher keine Ehre macht.

Glashütte i. S. In Nr. 39 des „Couriers“ (vom 28. September v. J.) besprachen wir die mitunter trostlose Beschaffenheit von Kommunalbauten und Baldbogen und die daraus resultierenden Tierquälereien und Unfallgefahren bei der Abfuhr von Holz, unter Benützung dieser schlechtbeschaffenen Wege. Im Anschluß hieran gaben wir von einer Eingabe Kenntnis, die an die Amtshauptmannschaft Doppeldwalde gerichtet, ein Einschreiten der letzteren zugunsten der Instandsetzung eines bestimmten Baldboges im Forstrevier Bärenstein — der dortigen Güterschaft gehörig — gefordert wurde. Wenn es auch die betr. Behörde beschämt hat, den Absenden eine Empfangsbekätigung oder eine Mitteilung darüber zukommen zu lassen, ob und wie sie ihren Wünschen Rechnung tragen will, so glauben wir doch annehmen zu können, daß sie an die Befürchtung des betr. Weges hat Anweisung ergeben lassen. Eine „Instandsetzung“ des Weges ist inzwischen erfolgt! Aber fragt mich nur nicht wie! — Man hat einfach von der Wäschung rechts und links etwas Erdmasse abgetragen und auf den Weg geworfen. Damit sind allerdings die schlimmsten Unbequemlichkeiten und Abschlüsse vorläufig beseitigt und ein Befahren des Weges vor der Hand ermöglicht. Aber wenn hier nicht fortgesetzt die besternde Hand angelegt wird, wenn man sich hier nicht entschließt, dauernd für die Instandhaltung etwas zu tun, wird in absehbarer Zeit der alte Zustand wieder eingetreten sein. Es kann nicht die Aufgabe einer Behörde sein, lediglich nur vorgebrachten Beschwerden Rechnung zu tragen. Vielmehr hat unternes Erachtens die Polizei — in diesem Falle die Amtshauptmannschaft — dafür zu sorgen, daß diese Wege dauernd ordentlich beschaffen sind und eine Verwahrlosung derselben, wie dies hier der Fall war, unter keinen Umständen eintreten kann und darf. Allem Anschein nach hat man hier wieder einmal den Pelz gewaschen, ohne ihn was zu machen. Der alte Zustand mit seinen üblen Begleitererscheinungen wird bald wieder eintreten sein. Der Forstverwaltung Bärenstein ermangelte eben das Verständnis für ihre Pflicht in bezug auf die Instandhaltung von Wegen. In solchen Fällen ist es eben unvermeidlich, daß etwas Nachhilfe geleistet wird. Soweit es am Transportarbeiterverband liegt, wird es daran nicht fehlen.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Gelsenkirchen. Unsere Mitgliederversammlung am 7. Dezember war gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: „Was lehren uns die Vertreter des Christentums im Kampfe ums tägliche Brot?“ Ein Kollege aus Elberfeld verlas, es, unseren Kollegen klarzumachen, in welcher unerschämter Weise die Geistlichen gegen freigeordnete Arbeiter vorgehen. Mögen sich unsere Kollegen nun die Worte zu Herzen nehmen. Kollegen, wir müssen stets unsere Versammlungen besuchen, wir müssen unser Organ lesen, wir müssen uns eine Arbeiterzeitung halten, dann erst lernen wir erkennen, in welchen traurigen Verhältnissen wir noch stehen. Kollegen, wir setzen ja, wie man gegen uns vorgeht, auch wir müssen Mut fassen und fest kämpfend im neuen Jahr vorgehen. Die guten Früchte dieser unserer Arbeit werden wir ernten. Für das kommende Jahr wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. Gewählt wurden: Bevollmächtigter Hermann Beder, Kassierer Anton Drilling, Schriftführer Hans Heßler, 2. Vorsitzender Heinrich Sönnens, 2. Schriftführer Otto Wülfersmann, Revisoren Schwantlofsky, Wärmig und Stehrasse, Beisitzer Günther, Scholter und Rasse. Kartellbelegierte sind Drilling, Müller und Fischer. Möge jetzt die Verwaltung mit aller Freude ihre Pflicht erfüllen. Kollege Beder ersuchte noch die Anwesenden, rege Agitation zu betreiben und dann trat Schluß der Versammlung ein.

Verbandskollegen!

Der Beitrag für die 3. Woche
des Jahres 1914 ist fällig.

Pasau. Unsere diesmalige Jahresgeneralversammlung mußte Umstände halber schon am 19. Dezember stattfinden. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß in der Verwaltungsstelle ein kleiner Rückgang zu verzeichnen ist. Das ist zwar bedauerlich, aber trotzdem dürfen wir noch froh sein, daß wir nicht noch schlechter abgeschnitten haben. Die Ballanträge hat bei unserer Verwaltung, die fast nur aus Hafenarbeitern besteht, die auf den Verkehr mit den Ballanträgen angewiesen sind, geradezu verheerend gewirkt. 90 Proz. unserer Mitglieder waren den ganzen Sommer arbeitslos und konnten durch die allgemein schlechte Konjunktur auch anderweitig keine Beschäftigung austreiben. Wenn sich die Verwaltungsstelle trotzdem stabil gehalten hat, so ist dies ein Beweis, daß die Kollegen den Wert der Organisation begriffen haben. Daß wir unter solchen Umständen nicht vorwärts kommen konnten, ist erklärlich, wobei noch hinzukommt, daß auch unter den übrigen Transportarbeitern am Ort durch den verlorenen Streik der Christlichen im vorigen Jahr die Agitation sehr wenig Erfolg bringt. Hoffentlich wird im nächsten Jahre die Konjunktur wieder besser, dann wird es auch in unserer Zahlstelle vorwärts gehen. Die Neuwahlen der Ortsverwaltung zeigten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Josef Streibl, 2. Vorsitzender Georg Zirt, 1. Kassierer Bernhard Körtleisch, Schriftführer Josef Söldenwagner, Revisoren Kallinger, Jörg und Kronawitter. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden gewählt: Streibl und Weiß, desgleichen als Beitragskassierer Schleichner und Zirt.

Der anwesende Gauleiter dankte den bisherigen Vorstandsmitgliedern, besonders dem Kassierer Baumann für die im Interesse der Organisation geleistete Arbeit und ersuchte gleichzeitig die neue Vorstandschaft, dahin zu wirken, daß die Passauer Mitgliedschaft einig und geschlossen dastehen, wenn es im Frühjahr zu den Tarifverhandlungen komme. In Bezug auf die Ausführung der Arbeit im Hafen wurde beschlossen, daß die bei der Süddeutschen sowie auch die bei der Ungarischen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft beschäftigten Parteien jede für sich selbstständig sein soll. Im Bedarfsfalle haben sich beide Parteien gegenseitig auszuheilen und erst wenn von der anderen Partei keine Leute zu bekommen sind, kann der Bedarf an Arbeitern anderweitig gedeckt werden. Die Parteiführer haben deshalb miteinander in Fühlung zu bleiben.

Unter Verbandsangelegenheiten wurden besonders die Unterstüßungsfragen besprochen und darauf hingewiesen, daß die Kollegen sich nicht nur um ihre Rechte, sondern auch um ihre Pflichten der Organisation gegenüber etwas mehr kümmern sollen. Besonders wurde dem neuen Kassierer nahegelegt, sich genau an die Bestimmungen des Statuts zu halten. Nach einem kurzen Schlusswort des Gauleiters wurde die Versammlung geschlossen.

Wosen. Am Sonntag, den 28. Dezember v. J., fand hier eine außerordentliche Versammlung der in den Müllabfuhr- und Speditionsbetrieben tätigen Väter, Schaffner, Kutscher und Arbeiter statt. Der Gauleiter sprach über die Kündigung des abgelaufenen Tarifs und über die Forderung einer Lohnbewegung. In der Diskussion überlegte der Kollege B. das Referat ins Polnische und betonte, daß die Kollegen einmal der Ueberzeugung werden müssen, daß man es auch in Wosen bis zu den Löhnen bringen kann, wie sie in anderen Gegenden bereits vorhanden sind, und die Kollegen dann keine Ursache haben, in anderen Gegenden Deutschlands Arbeit zu suchen, um etwas mehr

zu verdienen. Nachdem sich verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten, wurde einstimmig beschlossen, den abgelaufenen Tarif zum 1. Januar 1914 zu kündigen.



Bremen. Eine niederträchtige Gemeinheit leistet sich die Gewerkschaftskasse der Christen in der Nr. 51 vom 20. Dezember. Hier wird nach Art der Christen über eine Versammlung der Fernschiffahrt in Windheim berichtet, welche wir dort abgehalten haben. Söhnlich wird berichtet, daß nur sieben Mann erschienen seien. Aus lauter Verärgerung sollen wir dann eine Bierreise angetreten haben, um die Christen zu überzeugen und für uns zu gewinnen. Wenn wir nicht die Christen samt ihrer Berichterstattung nur zu genau kennen würden, dann ließe uns das Geschreibsel der Leute vollständig kalt. Aber wenn diese Brüder in Christo ihren Gemeinheiten die Krone aufsetzen, dann zwingt uns die Notwendigkeit zu einigen Bemerkungen.

Wir stellen fest, daß die Brüder in Christo am 30. November in Windheim eine Versammlung der Fernschiffahrt abhalten wollten, daß aber zu der Versammlung niemand erschienen ist. Dieser Mißerfolg ist den Leuten so in die Glieder gefahren, daß sie nur noch zur Gemeinheit, Niedertracht und Verleumdung ihre Zuflucht suchen, um mit diesen Mitteln ihre Organisation auf die Beine zu helfen. Aus dieser Situation heraus erklärt sich auch die Bemerkung in der „Gewerkschaftskasse“, daß unser Kollege Lech einige Genossen beauftragt habe, sich auf den Weg zu machen, um die Christen zu verprügeln. Wenn jemals eine Behauptung eine aus den Fingern gesogene Gemeinheit war, dann ist es diese. Leute, welche solche Notizen schreiben, denen sich Christen und Gewerkschafter dazu. Wenn Christus diese seine Brüder sehen würde, würde er sich mit Abscheu von solchen Leuten wenden. Aber diesen Elementen dient das Christentum als Aushängeschild, um ihre Arbeiterfeindlichen Zwecke zu verfolgen. Da kann man nur sagen: Schade, ewig schade, daß Germania von solcher Pracht, Gott mit solchem Gefinde hat bedacht.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Den reisenden, unterstützungsberechtigten Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Ortsverwaltung Leipzig von jetzt ab berechtigt ist, an auf Reisen befindliche Mitglieder die stammlängliche Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Die Auszahlung erfolgt im Bureau Schloßstraße 15 I.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Bergedorf: Heinrich Kröger, Spt.-Nr. 230 180, eingetr. 21. 1. 08.

In Berlin: Gustav Firman, Spt.-Nr. 47 008, eingetr. 10. 9. 10.

In Breslau: Fritz Scholz, Spt.-Nr. 143 945, eingetr. 25. 3. 12.

In Dortmund: Franz Dittensmann, Spt.-Nr. 238 043, eingetr. 2. 4. 11.

In Dresden: Richard Richter, Spt.-Nr. 151 905, eingetr. 24. 12. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzuliefern.

Mit kollegialem Gruß

Der Verbands-Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin SO 16, Engel-Weg 21.

Bekanntmachung.

Für unsere Verwaltungsstelle Bremerhaven suchen wir eine erstklassige Kraft als Geschäftsführer. Bewerber müssen mit Hafenverhältnissen vertraut sein, die Führung von Lohnbewegungen übernehmen können und zugleich sich auf den Aufbau und die Festigung der Organisation verstehen. Selbstverständliche Voraussetzungen ist ferner Befähigung zur Bureauarbeit und Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Dreijährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation ist Bedingung.

Schriftliche Offerten sind unter Beifügung einer ausführlichen Arbeit über die Aufgaben eines leitenden Ortsbeamten bis 25. Januar an den unten bezeichneten Vorstand zu richten.

Der Vorstandsvorstand.
J. A. O. Schumann.

Fakultative Unterstützungseinrichtungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Kassenbericht pro 3. Quartal 1913.

Einnahme.

	N	S	M	S
An Bestand am 1. Juli 1913			106471	76
„ Beitrittsgebühren:				
„ Zur Rechtschulz- u. Haftpflichtunterstützung a. 1. Wk.			91	—
In Wochenbeiträgen:				
„ Zur Rechtschulz- u. Haftpflichtunterstützung a. 60 Pf.	6029	—		
„ Invaliden- u. Pensionzuschußunterstützung a. 25 Pf.		54	75	
„ Witwen- u. Waisenunterstützung a. 25 Pf.		9	75	
„ Ino.- u. Benj.- u. Witw.- u. Waisenunterstützung a. 50 Pf.		214	50	6308
In rückständige Jahresbeiträge	1179			
„ Rückzahlungen		77		
„ Zinsen		247	50	
„ Diversen		6	09	1431
Summa			114302	05

Ausgabe.

	N	S	M	S
Per Unterstüßungen:				
„ Rechtschulz 1. Instanz	62	—		
„ II.	165	27		
„ Haftpflichtunterstützung	5888	84		
„ Sonstige Unterstüßungen	449	90	6516	01
„ örtliche Verwaltungskosten	376	24		
„ Verluste	50	50	426	74
„ direkte Ausgaben der Kassenverwaltung:				
„ Persönliche Verwaltungskosten	949	50		
„ Sitzungsgelder	82	—		
„ Porto und Postgeld	—	65	982	15
„ Bestand am 30. September 1913			106377	15
Summa			114302	05

Bilanz.

	N	S	M	S
An Bestand am 1. Juli 1913			106471	76
Per Ausgabe	7924	90		
An Einnahme		7830	29	
Mehrausgabe				94
An Bestand am 30. September 1913			106377	15

Berlin, den 20. Dezember 1913.

Der Kassenverwalter: Richard Nürnberg.

Die Revisionskommission:

Wolff Bied. Karl Milgahn. Hugo Suhr.
Julius Schraumm. Berthold Streiter.

Abrechnung der Verwaltungsstellen der fakultativen Unterstützungseinrichtungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes pro 3. Quartal 1913.

Ursache, Lgw., Bezirke	Hoch der Mitglieder	Einnahmen																Summa	Ausgaben										Summa																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																									
		Eintritts-Gebühren								Wochenbeiträge									Summa	Rechtschulz		Schulpflicht- Unterstützung	Sonstige Unterstützung	Diversie	Gesamte Verwaltungs- kosten	In bar an die Hauptstelle																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
		Rechts- schulz und Hoch- pflicht	Invaliden und Pension	Witwen und Waisen	Invaliden, Pension, Witwen und Waisen	Rechts- schulz und Hoch- pflicht	Invaliden und Pension	Witwen und Waisen	Invaliden, Pension, Witwen u. Waisen	Hoch- pflicht	Ent- haben	Hochwirt- schaftsbetr. für Rechts- schulz und Hochpflicht	Diversie	1. Inst.	2. Inst.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
																männl.	weibl.			männl.	weibl.						männl.	weibl.		männl.	weibl.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
Pro.	184	8							649								26						683																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															